

Politische Soziologie in Deutschland – Forschungsfelder, Analyseperspektiven, ausgewählte empirische Befunde

Oscar W. Gabriel · Jürgen Maier

Zusammenfassung: Der Beitrag gibt einen Überblick über den aktuellen Forschungsstand im Bereich der Politischen Soziologie in Deutschland. Es zeigt sich, dass sich die Politische Soziologie zu einer eigenen politikwissenschaftlichen Teildisziplin mit einer stark empirisch-analytischen und methodisch vorwiegend quantitativen Ausrichtung entwickelt hat. Die Forschungsfelder haben sich erheblich ausdifferenziert. Schwerpunkte liegen auf der Demokratie- und Transformationsforschung, der Parteienforschung, der Partizipations- und Wahlforschung, der Werte- und Einstellungsforschung sowie der politischen Kommunikationsforschung.

Schlagwörter: Demokratie · Intermediäres System · Politische Einstellungen · Politische Partizipation · Politische Kommunikation · Wählerverhalten

Abstract: This paper provides an overview of the state of the art in the field of Political Sociology in Germany. It turns out that Political Sociology has been established as an independent sub-discipline in Political Science. The theoretical approaches predominantly follow an empirical-analytical perspective. In terms of methodology, a quantitative approach is prevailing. The number of research fields has significantly broadened. Major research topics are: democracy and the transformation of political systems, political parties, political participation and voting behaviour, political values and attitudes, political communication.

Keywords: Democracy · Intermediary System · Political Attitudes · Political Participation · Political Communication · Electoral Behaviour

© VS-Verlag 2009

Prof. Dr. Oscar W. Gabriel (✉)
Universität Stuttgart, Institut für Sozialwissenschaften,
Breitscheidstr. 2, 70174 Stuttgart
E-Mail: oscar.gabriel@sowi.uni-stuttgart.de

Jun.-Prof. Dr. Jürgen Maier
TU Kaiserslautern, Fachbereich Sozialwissenschaften, FG Methoden der empirischen Sozialforschung
E-Mail: maier@sowi.uni-kl.de

1. Das Profil der Politischen Soziologie als Teilgebiet der Politikwissenschaft

In ihrem Sonderheft 1986 veröffentlichte die *Politische Vierteljahresschrift* letztmalig eine Bestandsaufnahme der politikwissenschaftlichen Lehre und Forschung in Deutschland (von Beyme 1986). Der Abschnitt „The State of the Discipline: Trendreports aus den Forschungsgebieten“ enthielt einen Überblick über die Entwicklung der Politischen Theorie und Ideengeschichte, der Vergleichenden Regierungslehre, der Innenpolitik, der Verwaltungs- und Policyforschung sowie der Internationalen Beziehungen. Ein Bericht über die Politische Soziologie fehlte; stattdessen hatte Manfred Küchler einen Beitrag zur Wahl- und Surveyforschung beigelegt (Küchler 1986).

In Anbetracht der keineswegs auf die Wahl- und Surveyforschung beschränkten Beiträge deutscher Politikwissenschaftler zur nationalen und internationalen Forschung ist die Ausklammerung des Teilgebiets Politische Soziologie schwer nachvollziehbar. Dem Einleitungsbeitrag Klaus von Beymes kann man aber eine Erklärung hierfür entnehmen, denn er nannte die unzulängliche Kooperation zwischen der Politikwissenschaft und der Soziologie als Grund für die geringe Institutionalisierung der Politischen Soziologie als Teildisziplin der Politikwissenschaft. Allerdings spricht die Entwicklung der letzten zwanzig Jahre gegen die Annahme, die Leistungsfähigkeit dieser Teildisziplin hänge von einem Brückenschlag zwischen der Politikwissenschaft und der Soziologie ab. Trotz einer unverändert fehlenden systematischen, institutionalisierten Zusammenarbeit mit der soziologischen Nachbardisziplin hat die Politische Soziologie in der Politikwissenschaft eine breite thematische Ausdifferenzierung und eine hohe nationale und internationale Sichtbarkeit erlangt. Diese Sachverhalte machen es erforderlich, diesen Beitrag auf eine allgemeine Gegenstandsbestimmung, einen Überblick über Analyseperspektiven, Theorien, Methoden und Datengrundlagen sowie eine exemplarische Darstellung einiger *unserer* Auffassung nach interessanter und relevanter Forschungsfelder der Politischen Soziologie zu beschränken. Dass dieser Überblick selektiv bleiben muss und dass die Auswahl der behandelten Teilgebiete der Politischen Soziologie kritisierbar ist, versteht sich von selbst.

2. Gegenstand, Analyseperspektiven und Themenfelder

Mit der für moderne Gesellschaften typischen funktionalen Ausdifferenzierung verschiedener nach eigenen Regeln und Rationalitätskriterien funktionierender Lebensbereiche wurde die Analyse der Wechselbeziehung zwischen Politik und Gesellschaft zu einem Thema der wissenschaftlichen Forschung, auf dessen Bearbeitung sich die Politische Soziologie spezialisiert hat (Kaina/Römmle 2009: 7). Sie untersucht aus verschiedenartigen Analyseperspektiven und mit unterschiedlichen Methoden und inhaltlichen Schwerpunkten die gesellschaftlichen Bedingungen und Wirkungen der Herstellung und Durchsetzung verbindlicher Entscheidungen. Die Analyse dieser Wechselwirkungen macht den Gegenstand der Politischen Soziologie aus. Typische Merkmale der Gesellschaft, denen ein Einfluss auf die Funktionsweise des politischen Systems zugeschrieben wird, sind die in der Sozialstruktur angelegten Ungleichheiten und Konflikte, die Formen sozialer Integration und Kohäsion sowie der Strukturwandel der Gesell-

schaft. Die im gesellschaftlichen Umfeld der Politik bestehenden Bedingungen beeinflussen die Struktur der politischen Ordnung („Polity“), den Ablauf politischer Prozesse („Politics“) und das Profil der staatlichen Politik („Policies“). Zugleich hängt der Zustand von Gesellschaften, ebenso wie das Verhalten der Gesellschaftsmitglieder, von den Steuerungs- und Regulierungsleistungen der Politik ab. Politische Entscheidungen setzen den institutionellen Rahmen für das gesellschaftliche Zusammenleben der Menschen und nehmen eine Allokation gesellschaftlicher Ressourcen vor. Art und Intensität politischer Konflikte tragen dazu bei, die Integration von Gesellschaften zu fördern oder zu hemmen. Die vielfältigen Verflechtungen zwischen Politik und Gesellschaft lassen sich auf der Makro- wie auf der Mikroebene des gesellschaftlichen und politischen Lebens beobachten. Die in einigen Arbeiten vorgeschlagene Einführung einer Mesebene halten wir für überflüssig, da sich alle politischen Sachverhalte entweder mit Blick auf Individuen (Mikroebene) oder auf Aggregate oder Kollektive (Makroebene) untersuchen lassen.

Vor der verhaltenstheoretischen Neuorientierung der Politikwissenschaft (Falter 1982) galt das Interesse der Politischen Soziologie ausschließlich den Wechselwirkungen zwischen politischen und gesellschaftlichen Strukturen und Prozessen (Makroanalyse). Einen Schwerpunkt der Disziplin bildete die Herrschaftssoziologie, insbesondere die Analyse des Gegensatzes zwischen Demokratie und Totalitarismus (Lange 1964; Stammer/Weingart 1972). Hinzu kam die Beschäftigung mit den politischen Parteien (Jun 2009; Stöss/Niedermayer 1993), den Verbänden (Streeck 1994; Zimmer/Speth 2009) und den politischen Eliten (Bürklin et al. 1997; Kaina 2009). Dies änderte sich auch in der Folgezeit nicht. Bis in die 1970er Jahre machten diese vier Themenfelder den größten Teil der Arbeiten auf dem Gebiet der Politischen Soziologie aus. Andere Makroaspekte, wie die Untersuchung der Arbeit von Parlamenten (Patzelt 2009) und Bürokratien (Grunow 2009), spielten weder damals eine herausgehobene Rolle, noch ist dies heute der Fall. Weitere Arbeitsfelder, wie die Analyse der Massenmedien (Bastgen et al. 2009) und der Neuen Sozialen Bewegungen (Teune 2008), kamen erst später hinzu. Die Themen der frühen Jahre reflektierten noch stark die damaligen Kontextbedingungen der politiksoziologischen Forschung und machten die Demokratie-, Parteien- und Verbändeforschung unter anderem zu einem volkspädagogischen Unternehmen.

Der jüngste Zweig der deutschen Politischen Soziologie, die mikroanalytische Forschung, unterscheidet sich von den zuvor beschriebenen Forschungsfeldern durch seine Orientierung an den Theorien und Methoden des Behaviorismus, der in den 1950er Jahren in der amerikanischen Politikwissenschaft zur dominierenden Strömung wurde. Durch dessen Rezeption profilierte sich die mikroanalytische Forschung inhaltlich und methodisch besonders deutlich als ureigene Domäne der Politischen Soziologie. Substantziell wandte sie sich mit der Untersuchung individueller politischer Einstellungen und Verhaltensweisen einem von anderen Feldern der Politikwissenschaft ausgeklammerten Gegenstandsbereich zu. Zudem orientierte sich die Politische Soziologie nun mehr an sozialpsychologischen Konzepten als an soziologischen Theorien. Hinzu kamen ein eigenständiges, kausalwissenschaftliches Theorieverständnis und die Forderung nach dem kontrollierten Einsatz objektiver, quantitativer Methoden zur Erhebung und Auswertung empirischer Daten. Diese Form der politischen Analyse war in der deutschen Politikwissenschaft zunächst nicht vertreten. Die seit dem Beginn der 1970er

Jahre zunehmenden Untersuchungen politischer Einstellungen und politischer Kultur (Berg-Schlosser/Schissler 1987; Gabriel 2009), politischer Partizipation (van Deth 2009), politischer Kommunikation (Bastgen et al. 2009) und des Wählerverhaltens (Falter/Schoen 2005; Schoen 2009) orientierten sich überwiegend an amerikanischen Vorbildern. Eine Anknüpfungsmöglichkeit an deutsche Forschungen war zunächst kaum vorhanden.

Eine große, die zahlreichen Forschungsfelder der Politischen Soziologie thematisch integrierende Fragestellung war ebenso wenig auszumachen wie eine einheitliche theoretische Perspektive. In den 1950er und 1960er Jahren stand die Beschäftigung mit dem Gegensatz zwischen Demokratie und Totalitarismus im Mittelpunkt vieler Arbeiten; in den 1970er Jahren rückte die vermeintliche Krise der repräsentativen Demokratie in den Blickpunkt der Forschung; zahlreiche seit den 1990er Jahren publizierte Arbeiten standen unter dem Eindruck des Regimewandels in Mittel- und Osteuropa. Damit entwickelten sich aber keine die gesamte Teildisziplin der Politischen Soziologie strukturierenden Themenkonjunkturen oder gar Paradigmen. Vielmehr war die Forschung in den einzelnen Teilgebieten immer durch jeweils eigenständige Erkenntnisinteressen, theoretische Zugänge und Analysemethoden bestimmt, die mehr oder minder große Überschneidungen mit benachbarten politikwissenschaftlichen Forschungsfeldern, etwa der Innenpolitik oder der Vergleichenden Regierungslehre, aufwiesen. Einen einheitlichen Gegenstandsbereich und die Teilgebiete übergreifende Forschungsthemen gibt es im Jahr 2009 ebenso wenig wie im Jahr 1959.

3. Die Grundlagen der Politischen Soziologie

3.1 Theorien

Wie die Bemerkungen über die Ursprünge der Politischen Soziologie in Deutschland zeigen, entstand das Fach zunächst als normative Demokratiewissenschaft (Kaina/Römmele 2009). Diesem Leitbild fühlte sich auch die herrschaftskritisch-emanzipatorische Politische Soziologie der 1970er Jahre verbunden (zusammenfassend: Zimpel 1970). Das von ihr propagierte Ideal der partizipativen Demokratie stand allerdings im Gegensatz zu der von den Fachvertretern der 1950er Jahre vertretenen Idee der Demokratie (z. B. Lange 1964). Im Zuge der zunehmenden Internationalisierung und Professionalisierung ist die normative Ausrichtung der Politischen Soziologie zwar nicht verschwunden; sie hat aber an Prägekraft verloren.

Neben die normativen Ansätze trat in den 1970er Jahren das zunächst noch wenig einflussreiche behavioralistische Paradigma. Es verfolgte das Ziel, das politische Verhalten von Individuen mittels einer allgemeinen, empirisch prüfbar Theorie des politischen Verhaltens zu erklären, die als Prädiktorgrößen Umwelt- und Persönlichkeitsfaktoren enthielt (vgl. Falter 1972). Dieses Ziel wurde vom Behaviorismus allerdings nicht erreicht. Abweichend vom propagierten theoretischen Ideal beschränkte er sich darauf, Annahmen über die *Existenz* von Beziehungen zwischen den relevanten Variablen zu formulieren. Genaue Aussagen über die *Art der Variablen* sowie die *Richtung und Stärke* der angenommenen Einflüsse fehlten. Wie ihr amerikanisches Vorbild betrachtete die behavioralistische Forschung in Deutschland die Formulierung und empi-

rische Prüfung von Erklärungsmodellen als Aufgabe spezieller Untersuchungen, etwa des Wahlverhaltens, der politischen Kommunikation oder der politischen Partizipation. In diesen Bereichen wird das behavioralistische Programm konsequent umgesetzt, insbesondere was die Forschungslogik und die Anwendung der Methoden zur Datenerhebung und Datenauswertung angeht (vgl. auch Abschnitt 3.2).

Aus der in der internationalen Diskussion vorgetragenen Kritik an den theoretischen Grundlagen des Behaviorismus ergaben sich weitere Überlegungen über eine Neuausrichtung der Forschung (Schmitz 1969), die durch die Politische Soziologie in Deutschland in unterschiedlicher Breite und Intensität aufgenommen wurden. Diese Vorstellungen gingen in zwei Richtungen: Der Rational-Choice-Ansatz beanspruchte für sich, eine Präzisierung, Generalisierung, Vereinfachung und Formalisierung der Verhaltenserklärung vorzunehmen und auf diese Weise dem Ziel der Formulierung einer allgemeinen Theorie des individuellen (politischen) Verhaltens bzw. Handelns näher zu kommen. In eine andere Stoßrichtung ging der Neoinstitutionalismus, dem es darum ging, das sozialpsychologische Erklärungsmodell des Behaviorismus um institutionelle Variablen zu erweitern.

Der Rational-Choice-Ansatz erhebt den Anspruch, mittels einer einzigen allgemeinen Theorie so verschiedenartige Verhaltensformen wie die Wahlbeteiligung, die Stimmabgabe für eine politische Partei, die Beteiligung an Protestaktivitäten oder das Entstehen interpersonaler Vertrauensbeziehungen zu erklären. Die für das individuelle Verhalten maßgeblichen Entscheidungen basieren auf einer Abwägung des Nutzens bzw. der Kosten der betreffenden Handlung sowie der Erwartung, dass diese tatsächlich die gewünschten Ergebnisse herbeiführt (Downs 1957). Allerdings wies der Ansatz von Anfang an Erklärungsdefizite auf (Green/Shapiro 1999), die ihren Ursprung vor allem in der Diskrepanz zwischen individuellen und kollektiven Handlungsrationaltäten hatten und ihren Ausdruck zum Beispiel im Wahlparadox, im Arrow-Paradox und im Trittbrettfahrer-Phänomen fanden. Die zunächst unternommenen Versuche, diese Schwächen durch die Einführung von Ad-hoc-Annahmen oder Ceteris-paribus-Klauseln abzufangen, waren wenig überzeugend. Wesentlich ergiebiger waren die Versuche, durch die Einbeziehung psychologischer Variablen zu realistischeren Erklärungen zu kommen (Ajzen/Fishbein 1975; Ajzen 1988, 1989) bzw. das klassische utilitaristische Modell zum Konzept der „low information rationality“ weiterzuentwickeln, in dem Urteilsheuristiken eine wichtige Rolle für die Erklärung von Prozessen der Informationsverarbeitung und den aus diesen resultierenden Verhaltensentscheidungen spielen (Popkin 1991; Sniderman et al. 1991; Sniderman 2000). In Deutschland wurden die utilitaristischen Theorien, auch in ihrer erweiterten Form, vor allem auf den Gebieten der Wahlforschung (Pappi 1996; Pappi/Shikano 2007) und der Partizipationsforschung (z. B. Lüdemann 2001; Opp et al. 1995; Opp/Finkel 2001) rezipiert.

Ein anderes Ziel verfolgen die unter der Bezeichnung Neoinstitutionalismus bekannt gewordenen Bemühungen, den Staat und seine Institutionen in die Politikwissenschaft zurückzuholen, aus der sie durch den Behaviorismus verdrängt worden waren (Skocpol 1985). In Deutschland richtete sich die damit verbundene Herausforderung vornehmlich an die mikroanalytische Politische Soziologie, die sich – anders als die Politikwissenschaft insgesamt – dem behavioralistischen Paradigma verpflichtet fühlte. So sinnvoll die Rückbesinnung der Politikwissenschaft auf die Bedeutung von Institutionen für das

politische Verhalten der Menschen auch ist, so wenig war der Neoinstitutionalismus dazu in der Lage, die vom Behaviorismus hinterlassene Lücke bei der Erklärung politischen Verhaltens zu schließen. Seine Annahmen über den Einfluss institutioneller Arrangements auf die individuelle Präferenzbildung und das aus den Präferenzen resultierende Verhalten blieben ähnlich unspezifisch wie die behavioralistischen Annahmen über die Beziehung zwischen Umwelt, Persönlichkeit und Verhalten. Dies gilt vor allem für den kulturellen, den historischen und den soziologischen Institutionalismus. Diese Spielarten interessieren sich vornehmlich für die Muster und Determinanten der Stabilität und des Wandels von Institutionen und allenfalls am Rande für deren Beziehung zum individuellen Verhalten (Hall/Taylor 1996; Peters 1996; Rothstein 1996). Als einzige Variante des Neoinstitutionalismus stellt der Rational-Choice-Institutionalismus eine Verbindung zwischen den politischen Institutionen und dem individuellen politischen Verhalten her und interpretiert die institutionellen Arrangements als Verhaltensanreize und -restriktionen, die damit zu Bestandteilen individueller Nutzenkalküle werden (Weingast 1996).

Wie in der internationalen Forschung befindet sich der Neoinstitutionalismus auch in der deutschen Politikwissenschaft im Aufwind. In der Politischen Soziologie spielen neoinstitutionalistische Ansätze allerdings eine geringere Rolle als in der Regierungslehre. Sie werden umso bedeutsamer, je stärker sich die Themen und Fragestellungen dieser beiden Teildisziplinen überschneiden, z. B. bei Analysen des Einflusses des institutionellen Kontexts auf das politische Verhalten von Individuen (Wahlsystem, Struktur des Parteienwettbewerbs, Verteilung von Entscheidungskompetenzen; Pappi/Shikano 2007: 103-110; Kellermann 2008; Völkl et al. 2008).

Insbesondere in den USA werden die traditionellen Ansätze zur Erklärung individueller politischer Einstellungen und Verhaltensweisen zunehmend durch psychologische Überlegungen erweitert, welche die kognitiven und affektiven Aspekte der Aufnahme, Verarbeitung, Speicherung und Aktivierung politischer Informationen untersuchen. Diese theoretisch und methodisch keineswegs homogenen Untersuchungsansätze teilen das Interesse an den kognitiven und affektiven Prozessen, die den individuellen Entscheidungen für bestimmte Verhaltensweisen zugrunde liegen (vgl. u. a. Sniderman 2000; Lau 2003). In Deutschland wurden diese Neuentwicklungen bisher nur vereinzelt aufgenommen. Den größten Einfluss hatten sie in der Kommunikationsforschung, einen deutlich geringeren in der Wahlforschung; in der Partizipations- und Political-Culture-Forschung spielten sie bislang fast gar keine Rolle (Sears et al. 2003; knapp: Carmines/Huckfeldt 1996; Cassino et al. 2007; Schoen 2006). Eine systematische Rezeption und Weiterentwicklung dieser Ansätze – z. B. der Framing-Konzepte – könnte die bisher bestehenden Defizite der behavioralistischen und neoinstitutionalistischen Großtheorien überwinden, denen es bislang nicht gelungen ist, individuelle Perzeptionen und Verhaltensweisen theoretisch überzeugend mit Kontextfaktoren zu verknüpfen (vgl. Kahneman/Tversky 1984).

3.2 Methoden und Daten

Im Unterschied zu normativen und kritischen Ansätzen verfolgt die empirisch-analytische Forschung auf dem Gebiet der Politischen Soziologie das Ziel, die vielfältigen

Beziehungen zwischen Bürgern und Politik zu beschreiben, zu erklären und vorherzusagen. Hinter diesem Anspruch steht die wissenschaftstheoretische Position, dass menschliches Denken, Fühlen und Verhalten intersubjektiv beobachtbaren Regelmäßigkeiten folgt. Um die individuellen Einstellungen und Verhaltensweisen zu beschreiben und die zu ihrer Erklärung entwickelten Theorien zu prüfen, ist das Sammeln und Analysieren empirischer Daten unumgänglich. Zwischenzeitlich enthalten einschlägige Einführungen in die sozialwissenschaftliche Methodenlehre klare Verbindungen zu Themen der Politikwissenschaft (Behnke/Behnke 2006; Behnke et al. 2006a, 2006b; Gehring/Weins 2004; Schnapp et al. 2009) bzw. Politischen Soziologie (Maier et al. 2000).

Die in der Politischen Soziologie verwendeten Daten kann man grob danach klassifizieren, ob es sich um Aggregat- oder Individualdaten handelt und ob diese wiederum im Quer- oder im Längsschnitt erhoben wurden (Keil 2009; Rattinger 2009). Klassische Aggregatdaten sind Daten über staatliche Strukturen und Prozesse, die häufig von der amtlichen Statistik für die unterschiedlichsten Gebietseinheiten bereitgestellt werden und mangels Alternativen lange Zeit die wichtigste Analysegrundlage der Politischen Soziologie darstellten. Aber auch Informationen über Dokumente wie Parteiprogramme oder die Berichterstattung der Massenmedien sind Aggregatdaten. Ebenso lassen sich Individualdaten, wie z. B. Befragungsdaten, aggregieren.

Individualdaten werden in der Politischen Soziologie auf vielfältige Weise gewonnen. Eine herausragende Stellung nimmt dabei die Methode der Befragung ein, die gerne als „Königsweg der praktischen Sozialforschung“ (Kaase 1986a: 214) betrachtet wird. Dabei dominiert die standardisierte Variante; seltener kommen halb- oder unstandardisierte Befragungstechniken zum Einsatz. Vor allem in der Wahl-, Einstellungs- und Partizipationsforschung wird die standardisierte Befragung in Verbindung mit Zufallsstichproben dazu eingesetzt, um auf der Basis vergleichsweise weniger Interviews generellere Schlüsse auf die entsprechende Grundgesamtheit – in aller Regel Wahlberechtigte oder die Wohnbevölkerung – zu ziehen. Mehrere Tausend solcher in Deutschland durchgeführter repräsentativer Umfragen, die teils aus der akademischen, teils aus der kommerziellen Forschung stammen, sind zwischenzeitlich bei der Gesellschaft Sozialwissenschaftlicher Infrastruktureinrichtungen (GESIS) eingestellt und können leicht für Sekundäranalysen genutzt werden. Neben Daten, die im Rahmen von einmaligen Projekten zu bestimmten Fragestellungen erhoben wurden (hierunter fallen z. B. die meisten Wahlstudien), existiert eine ganze Reihe von Umfragen, die zum Zweck der Dauerbeobachtung der Gesellschaft gesammelt werden und deshalb in großen Teilen miteinander vergleichbare Instrumente beinhalten (z. B. der ALLBUS, das Sozio-ökonomische Panel, die Polit- und Eurobarometer-Daten, der European Social Survey oder der World Value Survey; ausführlicher Keil 2009; Kitilson 2007).

Trotz ihrer prominenten Stellung sind repräsentative Bevölkerungsumfragen mit einer Reihe von Problemen behaftet. Diese sind einerseits grundsätzlicher Natur und betreffen die Prüfung von Kausalbeziehungen. Andererseits sind Befragungen mit praktischen Problemen wie sinkenden Ausschöpfungsquoten konfrontiert. Für Telefonumfragen ergeben sich zusätzliche Probleme aus der Zunahme von Mobilfunktelefonen und einer immer größeren Zahl von Bürgern, die ihren Festnetzanschluss nicht ins Telefonbuch eintragen lassen („Nonpubs“). Diese Entwicklungen gefährden die Möglichkeit von Inferenzschlüssen – und damit ihre prinzipielle Überlegenheit gegenüber anderen Daten-

erhebungsmethoden (Kaase 1999). Wie sich die Datenerhebung über das Internet zu einem Ausweg aus diesen Schwierigkeiten entwickeln wird, ist derzeit noch nicht absehbar und wird kontrovers diskutiert (Jacob et al. 2008; kritisch: Faas/Rattinger 2004). Wesentlich mehr Ertrag – auch in methodologischer Hinsicht – verspricht der zunehmende Einsatz von Experimenten als Forschungsmethode. Damit wird auf ein in anderen Wissenschaften etabliertes und für die Politikwissenschaft immer wieder eingefordertes Design zurückgegriffen, das darauf ausgerichtet ist, kausale Zusammenhänge exakter zu untersuchen. Allerdings ist die externe Validität von Experimenten häufig begrenzt, und die Vorbehalte in der Profession sind nach wie vor erheblich (Faas 2009).

Die in der Politischen Soziologie verwendeten Datenanalyseverfahren sind vielfältig und im Vergleich zu den herangezogenen Techniken in anderen politikwissenschaftlichen Teildisziplinen komplex. Dies gilt insbesondere für den Bereich der Wahl- und Einstellungsforschung. Die Anwendung multivariater Analyseverfahren gehört seit langer Zeit zum Standardrepertoire – was nicht zuletzt ein Ergebnis der verbesserten Statistik- und Methodenausbildung an den Universitäten sein dürfte. Darüber hinaus existiert eine Reihe von speziellen Auswertungstechniken (Behnke et al. 2006b), die jedoch aufgrund ihrer hohen Komplexität und des teilweise enormen mathematischen Vorwissens, das den Anwendern abverlangt wird, bislang nur von wenigen Experten angewandt wird. Unter diesen Verfahren dürfte vor allem die systematische Implementation von Mehrebenenmodellen, mit denen sich Einflüsse von in Aggregatdaten erfassten Kontextfaktoren – z. B. institutionellen Determinanten – auf mit Individualdaten erhobene individuelle politische Orientierungen und Verhaltensweisen angemessen untersuchen lassen, Impulse für die Theoriebildung in der Politischen Soziologie erbringen.

4. Alte und neue Forschungsfelder

Jeder Versuch einer klaren Abgrenzung des Themenspektrums der Politischen Soziologie ist mit dem Problem konfrontiert, dass sich diese Teildisziplin weniger durch den untersuchten Gegenstandsbereich als durch ihre Betrachtungsperspektive von anderen Teildisziplinen der Politikwissenschaft unterscheidet. Auch in der Politischen Soziologie geht es um die Analyse des Prozesses der Herstellung und Durchsetzung von für die gesamte Gesellschaft verbindlichen Entscheidungen. Ihr besonderes Forschungsinteresse gilt den gesellschaftlichen Bedingungen und Voraussetzungen dieses Prozesses. Mit einer solchen Aussage ist allerdings nicht viel gewonnen, weil nahezu jede politische Entscheidung das Verhältnis von Politik und Gesellschaft tangiert. Ein Überblick über Entwicklungen im Themenfeld Politische Soziologie muss deshalb Auswahlentscheidungen treffen, wenn er nicht ausufern will. In diesem Sinne greifen wir in den folgenden Abschnitten exemplarisch einige Themen bzw. Forschungsfelder heraus, die die Politische Soziologie in der Bundesrepublik in den vergangenen 20 Jahren in besonderem Maße beschäftigt haben und in denen neue Forschungsperspektiven entstanden sind.

Ein in den letzten 20 Jahren für alle Felder der Politischen Soziologie in der Bundesrepublik gleichermaßen relevanter Themenschwerpunkt war die Analyse des politi-

schen Wandels in den neuen Bundesländern bzw. der Vergleich des politischen Wandels in Ost- und Westdeutschland. Im Mittelpunkt dieser Forschungsaktivitäten stand die Frage nach dem Erfolg des 1990 vollzogenen Institutionentransfers, der an der Angleichung der Lebensverhältnisse in beiden Teilen Deutschlands sowie an der Konvergenz der Strukturen und Prozesse des intermediären Systems und den individuellen Einstellungen und Verhaltensmustern in Ost- und Westdeutschland festgemacht wurde (z. B. Ellwein/Holtmann 1999; Gabriel 1996; Kaase et al. 1996; Niedermayer 1996; Rohrschneider 1999; Wollmann et al. 1996). Die Breite und Intensität der auf diesem Gebiet durchgeführten Forschung kann hier nicht einmal in groben Zügen nachgezeichnet, sondern nur an Beispielen aufgezeigt werden. Das Gleiche gilt für die Forschung über den gesellschaftlichen und politischen Wandel in Mittel- und Osteuropa. Als Beispiele für die durch diese Veränderung angestoßenen Untersuchungen behandeln wir die Demokratieforschung und die Analyse politischer Kultur und politischer Partizipation. Diese beiden zuletzt genannten Bereiche erhielten weitere Impulse durch wissenschaftsinterne Entwicklungen, insbesondere durch die Einführung des Sozialkapitalkonzepts in die Politische Soziologie sowie durch neue Entwicklungen in der Politischen Psychologie. Diese wurden in der Kommunikationswissenschaft am frühesten und bislang noch am umfassendsten rezipiert und finden in jüngster Zeit eine noch sehr zaghafte Berücksichtigung in der Wahlforschung. Die Tatsache, dass die Wahlforschung in den vergangenen Jahren wachsende Gemeinsamkeiten mit der Kommunikationsforschung entdeckt, verstärkt die Rezeption dieser neueren Entwicklungen durch die Politische Soziologie.

4.1 Die Demokratie und ihr Wandel: von der normativen Demokratiewissenschaft zur Transformations- und Performanzforschung

Auch wenn die Demokratieforschung nicht exklusiv der Politischen Soziologie zuzuordnen ist, ist das Interesse der Disziplin an den gesellschaftlichen Voraussetzungen der Demokratie so alt wie die Politische Soziologie. Klassiker der Demokratieforschung, wie Lipset (1960), Dahl (1971) oder Rokkan (1969), verweisen in ihren Arbeiten auf den engen Zusammenhang zwischen der gesellschaftlichen Modernisierung und der Demokratisierung politischer Regime. In der Konstitutionsphase der deutschen Politikwissenschaft war der Gegensatz zwischen der Demokratie und dem Totalitarismus als den beiden modernen Formen politischer Herrschaft das weitaus wichtigste Thema der Forschung. Allerdings war die Politische Soziologie in der jungen Bundesrepublik so sehr auf normative Fragestellungen fixiert, dass sie zunächst keinen Anschluss an die internationale, besonders die amerikanische, Forschung fand.

Mit dem Siegeszug der Demokratie verlor die für die politikwissenschaftliche Forschung seit Lipset (1960) wichtige Unterscheidung zwischen Demokratien und Nichtdemokratien an forschungspraktischer Relevanz. Sie wurde durch zwei neue Fragen zurückgedrängt, die in einem engen Zusammenhang miteinander standen und in der Politischen Soziologie in Deutschland auf breites Interesse stießen. Die erste Frage richtete sich auf den Prozess und das Ergebnis des Übergangs von nichtdemokratischen zu demokratischen Regimen. Die zweite Frage galt der Messung der Qualität der existierenden Demokratien. Auch wenn dieser zweite Aspekt für die neuere Forschung interessant und wichtig ist, können wir ihn hier nicht behandeln (ausführlich: Lauth 2004).

Am Anfang der Transformationsforschung standen Untersuchungen der dritten Demokratisierungswelle, die Mitte der 1970er Jahre in Südeuropa und Lateinamerika eingesetzt hatte (Gunther et al. 1995). Dieser Wandlungsprozess war in Deutschland nur für wenige Länder- und Areaspezialisten von Interesse. Breite Aufmerksamkeit fand dieses Forschungsfeld in der deutschen Politikwissenschaft erst mit dem Systemwandel in Mittelost- und Osteuropa. Als Themenschwerpunkte der sich schnell etablierenden Transformationsforschung bildeten sich die Theorien des Systemwandels, Länderstudien und vergleichende Analysen einzelner Aspekte des Systemwandels heraus (Beichelt 2001; Bönker et al. 2002; Merkel 1994, 1999; Merkel/Puhle 1999; Merkel et al. 1996; Merkel/Sandschneider 1997; Wiesenthal et al. 1995, 2001).

Wie Merkel in einem Rückblick auf die politische Entwicklung der postkommunistischen Gesellschaften seit dem Jahr 1990 feststellt, war der Systemwechsel, trotz der Notwendigkeit, gleichzeitig den Umbruch in Politik und Staatsorganisation, Wirtschaft, Sozialstruktur und der Kultur zu bewältigen, in den meisten Ländern erfolgreich. In Slowenien, Tschechien, Estland, Ungarn, Kroatien, Polen, Litauen und der Slowakei fand seit dem Regimewechsel auf allen relevanten Dimensionen eine Konsolidierung der Demokratie statt. Die politischen Regime dieser Staaten erreichten dadurch vollständig oder näherungsweise die Qualität der Demokratie, so wie sie in Westeuropa gegeben ist. Mit Bulgarien, Lettland und Rumänien stehen drei weitere Länder an der Schwelle des Übergangs zu konsolidierten Demokratien. Die in diesen Staaten noch bestehenden Defizite betreffen die Schaffung rechtsstaatlicher Strukturen. Allerdings weisen die übrigen mittelost- und osteuropäischen Länder noch so gravierende Strukturdefizite auf, dass Merkel sie als defekte Demokratien oder gar Autokratien bezeichnet. Als die wichtigsten Antriebskräfte der demokratischen Konsolidierung erwiesen sich die Modernität der mittelosteuropäischen Gesellschaften, funktionierende staatliche Strukturen und die von einem Beitritt zur EU ausgehenden Anreize (Merkel et al. 2007).

4.2 Das intermediäre System

Analysen des intermediären Systems bilden einen zweiten Schwerpunkt der Politischen Soziologie. Die Parteien- und Verbändeforschung gehört zu den traditionellen Arbeitsgebieten, während Analysen der Massenmedien, der Neuen Sozialen Bewegungen und weiterer Trägergruppen der Zivilgesellschaft später entstanden sind. Dieses Forschungsfeld erstreckt sich auf diejenigen kollektiven Akteure, die im Austauschprozess zwischen Staat und Gesellschaft eine besonders wichtige Rolle spielen. Allerdings beschränken sich Analysen des intermediären Systems nicht auf eine Makroperspektive, sondern beziehen auch die Mikrorelationen, d.h. Charakteristika der Mitglieder und des Führungspersonals bzw. im Falle der Massenmedien der Sender und Empfänger, ein.

4.2.1 *Parteiensozilogie*

In der Etablierungsphase der Politischen Soziologie war die Parteienforschung mit dem Problem konfrontiert, in einem durch historische und institutionell-rechtswissenschaftliche Analysen bestimmten Forschungsfeld ein eigenes Profil zu finden. Dies gelang nur

bedingt. In Folge der Entwicklung „hin zu einer vorwiegend beschreibenden Institutionen- und Prozesslehre“ (Stöss/Niedermayer 1993: 9) blieben die Grenzen zwischen der Regierungslehre und der Politischen Soziologie unscharf.

Bereits frühzeitig hatte die Parteienforschung mit der Analyse einzelner Parteien sowie Untersuchungen der Struktur und Funktionsweise des Parteiensystems zwei Schwerpunkte ausdifferenziert. Im ersten Forschungsfeld bildeten Untersuchungen der Parteiorganisation, der Ideologie und Programmatik, der Parteiliten und der innerparteilichen Demokratie die wichtigsten Gegenstände; im zweiten standen die Parteienwettbewerbsstrukturen und die Funktionen der Parteien im politischen System (Integration, Partizipation, Beteiligung an der Ausübung politischer Herrschaft) im Mittelpunkt (Köser 1973). Diese Themen haben bis heute ihre Aktualität behalten und werden in einer Fülle einschlägiger Publikationen behandelt. Diese reichen von umfassenden Überblicksdarstellungen der europäischen Parteiensysteme (zuerst: von Beyme 1984; sodann: von Beyme 2000; Niedermayer et al. 2009) und des bundesdeutschen Parteiensystems (zuerst: Kaack 1971; sodann: Mintzel/Oberreuter 1992; Gabriel et al. 2001) über die Untersuchung einzelner Parteien bis hin zu Einzelfallstudien der Arbeitsweise regionaler oder lokaler Parteiorganisationen. Insbesondere für die neuen Bundesländer wurden zudem zahlreiche Studien vorgelegt, die sich mit dem Austausch von Eliten auf den unterschiedlichen Systemebenen beschäftigten und den Transformationsprozess aus einer akteurzentrierten Perspektive beleuchteten.

Auch wenn Stöss und Niedermayer noch zu Beginn der 1990er Jahre selbstkritisch einen Mangel an Großprojekten und eine unzulängliche internationale Vernetzung der deutschen Parteienforschung einräumten (Stöss/Niedermayer 1993: 14), nahm diese frühzeitig internationale Entwicklungen auf und verfolgte eigene, bis heute relevant gebliebene theoretische Perspektiven. Frühe Beispiele für die Rezeption der internationalen Forschung liefern der von Jäger herausgegebene Sammelband „Partei und System“ (Jäger 1973) oder von Beymes Analyse der westeuropäischen Parteiensysteme (von Beyme 1984). Besonders deutlich zeigte sich die internationale Ausrichtung im Grenzbereich von Wahl- und Parteienforschung. Kirchheimers (1965) Annahmen über den Wandel der europäischen Parteien von Massenintegrationsparteien auf Klassen- und Konfessionsbasis hin zum neuen Typ der „Catch All Party“ wurden in der deutschen Parteienforschung der 1970er und 1980er Jahre breit diskutiert und inspiriert die aktuellen Analysen der Zukunft der Volksparteien (Jun 2009). Das Gleiche gilt für die von Lipset und Rokkan (1967) entwickelte Cleavagetheorie, die die ersten in Deutschland durchgeführten akademischen Wahlstudien beeinflusste und in Deutschland insbesondere durch Pappi (1973, 1977) bekannt gemacht wurde. Zu den interessantesten neueren Entwicklungen im Schnittpunkt von Wahl- und Parteienforschung gehört die Analyse der Relevanz der veränderten Schichtstruktur und Arbeitswelt für die Struktur parteipolitischer Konflikte (zusammenfassend: Schoen 2005a). Parteimitgliederstudien, Untersuchungen des Koalitionsverhaltens auf verschiedenen Ebenen des politischen Systems, Analysen von Parteiensystemcharakteristika sowie des Einflusses des Wahlrechts auf die Struktur des Parteiensystems, Parteitypologien, Studien über die gesellschaftliche Verankerung politischer Parteien sowie die Einstellungen der Bürger zu den politischen Parteien komplettieren das breite Spektrum der Parteiensoziologie (Gabriel et al. 2001). Eine international besonders hohe Sichtbarkeit erlangten die von der Party-Manifestos-

Gruppe vorgelegten vergleichenden Studien über die Wahlprogramme politischer Parteien (Budge et al. 2001; Klingemann et al. 2006).

4.2.2 Massenmedien

Die große Bedeutung der Massenmedien bei der Herstellung und Vermittlung von Politik – und damit bei der Schaffung der erforderlichen Rahmenbedingungen für die allgemeinverbindliche Zuteilung von Werten – wird schon seit Langem anerkannt. Hier von zeugt die Einschätzung der Medien als „vierte Gewalt“ oder der Begriff der „Mediengesellschaft“. Dennoch hat die Politische Soziologie die Medien weniger beachtet, als es ihrer wichtigen Rolle im Austauschprozess zwischen den Bürgern und der Politik angemessen wäre.

Die aktuelle Forschung zum Verhältnis von Medien und Politik analysiert die Strukturen, Handlungsabläufe und Akteure des Mediensystems und die sich daraus ergebenden Konsequenzen für die Herstellung und Darstellung von Politik. Die ohnehin komplexen, an wettbewerbs- und medienpolitischen Rahmenbedingungen orientierten Strukturen haben sich in den letzten Jahrzehnten durch die Vervielfachung der Medienangebote, die Dualisierung des Rundfunks, die Einführung neuer Technologien in immer kürzeren Zeitabständen und die Globalisierung der Kommunikation erheblich gewandelt (Pfetsch 1998). Hinzu kommt, dass sich die im Mediensystem agierenden Journalisten insbesondere hinsichtlich ihrer professionellen Normen verändert haben und nun anders über Politik berichten als noch vor einigen Jahrzehnten (Kepplinger 1998). Besonders deutlich wird dies im Zusammenhang mit Wahlkämpfen. Hier steht der Verdacht im Raum, dass sich die Politikberichterstattung zunehmend am US-amerikanischen „Vorbild“ orientiert (Brettschneider 2002), das sich durch stark negativ gefärbte Beiträge auszeichnet, auf Personen (und weniger auf Themen) fokussiert ist, Wahlkämpfe vorzugsweise als sportlichen Wettbewerb darstellt und Politikern nur wenige Möglichkeiten einräumt, sich über die Medien direkt an die Wähler zu wenden. Obwohl nicht alle genannten Trends bereits in Deutschland angekommen sind (Wilke/Reinemann 2000), kann beobachtet werden, dass sich die Politik in ihrem Kommunikationsverhalten an die veränderte Medienlogik anpasst.

Stichworte sind hier die Professionalisierung der Wahlkampfkommunikation (Brettschneider 2002) oder der Rückgriff auf Elemente symbolischer Politik (Sarcinelli 1987, 2009). Beides sind Themen, die eine Verbindung zu der in den letzten Jahren prosperierenden Wahlkampfforschung herstellen. Insbesondere unter dem Blickwinkel einer im Raum stehenden „Amerikanisierung“ der Wahlkampfaktivitäten der westeuropäischen Parteien sind in jüngster Zeit einige – zum Teil international vergleichend angelegte – Untersuchungen erschienen, die die Anstrengungen politischer Akteure, sich unter den Bedingungen postmoderner Kommunikationsstrukturen und Nutzungsmustern Gehör zu verschaffen, beleuchten (Farrell/Schmitt-Beck 2002; Norris 1997). Kernbefund dieser Forschung ist, dass Wahlkampfstäbe auch in Deutschland zunehmend auf externe Kommunikationsexperten zurückgreifen, die – auch unter Einbeziehung neuester elektronischer Kanäle (E-Mail, Blogs, Social Networks etc.) – zielgruppenspezifische und oftmals personalisierte Botschaften versenden und deren Erfolg unter Rückgriff auf demoskopische Instrumente zu evaluieren versuchen (Bastgen et al. 2009).

Unklar ist aber nach wie vor, ob die zu beobachtenden Veränderungen der Wahlkampf-führung als Diffusion amerikanischer Strategien, als Anpassung an allgemeine gesellschaftliche Modernisierungsprozesse oder als Produkt einer globalisierten Welt zu werten sind (Wagner 2005).

4.3 Politische Orientierungen und politisches Verhalten

Anders als die meisten zuvor behandelten Arbeitsfelder der Politischen Soziologie entwickelte sich die politikwissenschaftliche Einstellungs- und Verhaltensforschung in Deutschland erst spät. In den 1950er Jahren wurden nur vereinzelt soziologische Studien durchgeführt, die als Vorläufer der Politischen Soziologie gelten können (z. B. Reigrotzki 1956; Warren 1957a, 1957b). Selbst die Wahlforschung entwickelte sich zunächst außerhalb der akademischen Politikwissenschaft. Zwar waren einige Politikwissenschaftler an der Köln-Mannheimer Wahlstudie von 1961 beteiligt; jedoch fand erst seit der Bundestagswahl 1969 eine kontinuierlich betriebene politikwissenschaftliche Wahlforschung statt (Kaase 1999). Einige der ersten politikwissenschaftlichen Arbeiten auf dem Gebiet der Einstellungs- und Verhaltensforschung, insbesondere Beiträge zu den Themen politische Partizipation und Demokratisierung (z. B. Ellwein et al. 1975) sowie zur Politischen Kultur (zusammenfassend: Iwand 1985), verstanden sich als Gegenentwurf zum positivistischen Behaviorismus und setzten sich dadurch bewusst von der internationalen Forschung ab.

Dennoch erfuhr die empirische Einstellungs- und Verhaltensforschung in Deutschland in den 1970er Jahren einen Entwicklungsschub, der sowohl durch wissenschaftsinterne als auch durch gesellschaftliche Veränderungen bedingt war. Zu Ersteren gehörten die durch den Positivismusstreit angestoßene Reflexion über die methodologischen Grundlagen der politikwissenschaftlichen Forschung, die Ablösung der Gründergeneration durch Wissenschaftler mit anderen Forschungsinteressen und Kompetenzprofilen sowie der Ausbau, die Professionalisierung und Internationalisierung der Politikwissenschaft. Hinzu kamen Veränderungen des Verhältnisses der Bürger zur Politik: Der Wertewandel, die partizipatorische Revolution und die von vielen unterstellte Legitimitäts- und Vertrauenskrise der Politik in repräsentativen Demokratien fanden bald das Interesse der empirischen Politikwissenschaft (Kaase/Newton 1995).

4.3.1 *Die großen Themenkonjunkturen: Wertewandel, partizipatorische Revolution, Zivilgesellschaft und Sozialkapital*

Im Jahr 1971 machte Ronald Inglehart seine Analysen des Wertewandels in modernen Gesellschaften erstmals einem breiten wissenschaftlichen Publikum zugänglich (Inglehart 1971). Er beschrieb den Wertewandel als einen durch den Austausch von Generationseinheiten bedingten Bedeutungsverlust materialistischer Sicherheits- und Erhaltungswerte zugunsten postmaterialistischer Lebensstil- und Selbstverwirklichungswerte. Seine Arbeit schien eine zutreffende Diagnose des politischen Wandels in der westlichen Welt und der für diesen Wandel maßgeblichen Ursachen zu liefern. Die weltweiten Aktivitäten der Protestbewegung, die zumindest in den USA empirisch nachweisbare Vertrauenskrise der Politik, die Lockerung der Bindung zwischen den Bürgern und den

Parteien und die damit verbundene Neuformierung der Grundlagen des Parteienwettbewerbs in vielen westlichen Demokratien hatten nach Inglehart ihre Ursache im Übergang von materialistischen zu postmaterialistischen Wertvorstellungen. Zugleich erhoffte er sich von der Ausbreitung von Selbstverwirklichungswerten eine Verbesserung der Qualität der Demokratie und eine Schließung der Lücke zwischen den Wählern und den Gewählten (Inglehart 1977, 1990; Inglehart/Welzel 2005).

Die Arbeiten über den Wertewandel in modernen Gesellschaften erfüllten in Deutschland eine Katalysatorfunktion für die empirische Einstellungs- und Verhaltensforschung. Die entsprechenden Arbeiten wurden breit rezipiert und induzierten ein generelles Interesse an Themen wie der Konzeptualisierung und Messung von Wertorientierungen und politischen Einstellungen sowie ihres Wandels, dem Verhältnis von Werten, Ideologien und politischen Einstellungen, den Formen und Determinanten des politischen Protests und seiner Rolle im Partizipationssystem moderner Demokratien sowie der Entwicklung neuer Allianzen zwischen Wählern und Parteien (z. B. van Deth/Scarborough 1995; Klages/Kmieciak 1979; Meulemann 1996). Auch wenn die Annahmen über die „Stille Revolution“ durch die politische Entwicklung der letzten drei Jahrzehnte widerlegt wurden (z. B. Klein/Pötschke 2000), leisteten sie einen wichtigen Beitrag zur Weiterentwicklung der mikroanalytischen Politischen Soziologie.

Ein ähnlich ambitioniertes Ziel wie die Wertewandelforschung verfolgte eine zweite Forschungsrichtung der Politischen Soziologie, die Analyse des Sozialkapitals. Als Sozialkapital bezeichnet Putnam (1993: 167) „features of social organization, such as trust, norms and networks, that can improve the efficiency of society by facilitating coordinated actions“. Wie die Theorie des Wertewandels beansprucht das Sozialkapitalkonzept nichts weniger zu liefern als eine Erklärung des Wandels der Infrastruktur des politischen Lebens in der modernen Welt. Wie diese verbindet Putnam mit seinen Analysen den Anspruch, die intellektuelle Basis für eine Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen bereitzustellen. Demnach fördert die Partizipation der Menschen am Sozialkapital das politische Vertrauen und die Lebenszufriedenheit ebenso wie die politische Partizipation. Wendet man den Blick zur Makroebene, dann fördert die Ausstattung einer Gesellschaft mit Sozialkapital die Qualität der Demokratie, das Wirtschaftswachstum, die Innovation in Wirtschaft und Gesellschaft sowie die Innere Sicherheit (Putnam 2000).

Die beiden „Großtheorien“ übten in ihrer Blütezeit einen beträchtlichen Einfluss auf die empirische Einstellungs- und Verhaltensforschung aus. Deutlich inspiriert durch die Debatte über den Verlauf, die Bedingungen und die Folgen des Wertewandels in den modernen Demokratien wollten die Projekte „Political Action“ (Barnes et al. 1979; Jennings et al. 1990) und „Beliefs in Government“ (Klingemann/Fuchs 1995; Niedermayer/Sinnott 1995; Borre/Scarborough 1995; van Deth/Scarborough 1995; Kaase/Newton 1995) eine umfassende Bestandsaufnahme des Verhältnisses der Bürger der westeuropäischen Demokratien zur Politik vorlegen. Die thematisch breiten, als Längsschnitte und/oder internationale Vergleiche angelegten Arbeiten schlossen Analysen der Struktur und des Wandels politischer Involvierung und Partizipation, des Niveaus, der Entwicklung und der Determinanten der Unterstützung der Demokratie, des politischen Vertrauens, der Parteiidentifikation, der Internationalisierung des Regierens und der Einstellungen zum Wohlfahrtsstaat in Westeuropa bzw. den USA ein. Sie stellten die im Rahmen der Krisen- und Regierbarkeitsdebatte der 1970er Jahre formulierten Annahmen auf den

Prüfstand und gingen der Frage nach, welche Implikationen der Zusammenbruch des Kommunismus für die kulturellen Grundlagen der Demokratie in Westeuropa hatte (Kaase/Newton 1995).

Einige der im Rahmen des *Beliefs-in-Government*-Projektes aufgeworfenen Fragen wurden in späteren Studien wieder aufgegriffen und um neue Perspektiven erweitert. Hierzu gehören die Prüfung von Annahmen der Sozialkapitalforschung sowie der Versuch, institutionelle und ökonomische Kontextfaktoren in die Erklärung politischer Einstellungen einzubeziehen (z. B. Norris 1999; Pharr/Putnam 2000). Ein noch breiteres Themenspektrum decken der aus dem Projekt „Citizen Involvement and Democracy“ hervorgegangene Forschungsbericht (van Deth et al. 2007a) sowie einige inhaltlich ähnlich ausgerichtete Publikationen ab (van Deth 2004; Gabriel et al. 2002; Meulemann 2008). Sie verwenden das Konzept des Sozialkapitals als theoretische Grundlage, beziehen die Entwicklungen in den postkommunistischen Gesellschaften ein und versuchen noch stärker als die im Sammelband von Norris enthaltenen Beiträge, mikro- und makroanalytische Perspektiven miteinander zu verknüpfen.

4.3.2 *Politische Einstellungen und politische Kultur*

Neben diesen durch eine spezifische theoretische Perspektive charakterisierten Studien deckt die Einstellungsforschung in Deutschland zahlreiche Einzelprobleme ab. In den Jahren vor der Wiedervereinigung richtete sich ihr Interesse vor allem auf die Beschreibung und Erklärung des in der Nachkriegszeit erfolgten Wandels von der Untertanenkultur zur partizipativen politischen Kultur (Baker et al 1981). Seit 1990 wandte sie sich zwei Schwerpunkten zu: der Struktur und dem Wandel der politischen Orientierungen der Bürger Ost- und Westdeutschlands und der Analyse der kulturellen Konsolidierung postkommunistischer Gesellschaften.

Während die Untersuchungen der kulturellen Dimension des Konsolidierungsprozesses in den postkommunistischen Gesellschaften stark auf die Unterstützung der Demokratie als Ordnungsmodell fokussiert waren (Jacobs 2004; Klingemann et al. 2006; Pickel/Pickel 2006; Pickel et al. 2006; Pollack et al. 2003), waren die meisten Publikationen über den Wandel der politischen Orientierungen im vereinigten Deutschland thematisch breiter angelegt (van Deth 2004; Falter et al. 2000; Gabriel 1997; Gabriel et al. 2005; Gensicke 1998). Neben der Beschreibung ausgewählter Orientierungen, z. B. den Vorstellungen über Demokratie und Wirtschaftsordnung (Fuchs 1999; Gabriel 1999a, 2008; Rohrschneider 1999), der DDR-Nostalgie bzw. dem Identitätsgefühl der West- und Ostdeutschen (Neller 2006; Westle 1999), galt ihr Interesse den Faktoren, die das Entstehen einer einheitlichen politischen Kultur im vereinigten Deutschland erschweren oder fördern, insbesondere der sozioökonomischen Entwicklung und der Bindung an das untergegangene DDR-Regime. Einen Schwerpunkt der neueren internationalen Forschung, der in Deutschland auf großes Interesse stieß, bildeten Untersuchungen des politischen Vertrauens bzw. des Zusammenhanges zwischen politischem und sozialem Vertrauen (Denters et al. 2007a; Gabriel 1999b; Gabriel/Walter-Rogg 2008; Zmerli 2004; Zmerli et al. 2007). Es ist schwierig, die zahlreichen Untersuchungen des kulturellen Wandels in Europa in wenigen Sätzen zusammenzufassen. Eines der wichtigsten Ergebnisse der Entwicklung seit dem Regimewandel ist aber darin zu sehen, dass die

Demokratie als Ordnungsmodell diesseits und jenseits des früheren Eisernen Vorhanges eine breite Unterstützung durch die Bürger findet, obgleich dies im Osten weniger der Fall ist als im Westen.

Neben den genannten Untersuchungen, deren Anliegen in einer Beschreibung und Erklärung des kulturellen Wandels in modernen Demokratien bestand, verdienen einige spezielle Beiträge zur Einstellungs- und Kulturforschung besondere Erwähnung, weil sie entweder innovative Erklärungsansätze entwickelten oder neue Themen aufgriffen. Zur ersten Gruppe gehören die Arbeiten über den Einfluss der Persönlichkeitsstruktur von Individuen auf die politischen Orientierungen und Verhaltensweisen (Schumann 2005b) sowie die Untersuchungen frühkindlicher Sozialisationsprozesse (van Deth et al. 2007b), zur zweiten gehört die im Rahmen der Sozialkapitalforschung aufgegriffene Thematik der Normen guter Staatsbürgerschaft (Roßteutscher 2004; Denters et al. 2007b; van Deth 2007).

4.3.3 *Politische Partizipation*

Zu den wichtigsten Errungenschaften des *Political-Action*-Projekts gehörten die Präzisierung des Partizipationskonzepts sowie die Unterscheidung zwischen konventionellen und unkonventionellen Formen politischer Einflussnahme. Politische Partizipation galt fortan als Sammelbegriff für diejenigen Handlungen, mittels derer Bürger versuchen, Einfluss auf politische Entscheidungen auszuüben. Die Unterscheidung zwischen konventionellen und unkonventionellen Formen politischen Verhaltens, die anhand der Merkmale der Verfasstheit, der Legalität und der Legitimität vorgenommen wurde, erwies sich nicht nur als theoretisch sinnvoll; sie wurde auch durch empirische Analysen erhärtet. Allerdings schlossen die Beteiligung an konventionellen und unkonventionellen Aktivitäten einander nicht aus. Die Nutzung unkonventioneller Partizipationsformen lief vielmehr auf eine Ausweitung des Aktionsrepertoires derjenigen Personen hinaus, die sich zur Durchsetzung ihrer Ziele auch der etablierten Partizipationsformen bedienten. In ihren demografischen Charakteristika und ihren politischen Einstellungen unterschieden sich die Teilnehmer an alten und neuen Aktionsformen ebenfalls nicht grundlegend voneinander. Diese Erkenntnisse wurden in etlichen empirischen Studien bestätigt, auch wenn sich diese beiden Verhaltenssysteme als differenzierungsbedürftig erwiesen und die Bezeichnungen „konventionell“ und „unkonventionell“ eher die Situation in der Mitte der 1970er Jahre als die aktuellen Bedingungen reflektierte (z. B. van Uehlinger 1988; van Deth 2001; Gabriel 2004; Armingeon 2007).

Mit der Vereinigung Deutschlands entwickelte sich der Vergleich des Partizipationsverhaltens der west- und ostdeutschen Bevölkerung zu einem wichtigen Thema. Einen Anstoß hierzu gaben die Bürgerproteste in der DDR, die einen wichtigen Beitrag zum Regimewechsel geleistet hatten. Es war demnach nicht überraschend, dass sich die Politikwissenschaft für die Frage interessierte, ob das Engagement der Bevölkerung in der Bürgerbewegung auch über den Systemwechsel hinaus erhalten geblieben war (Schmitt-Beck/Weins 1997). Doch nicht allein das Engagement in der Protestbewegung, sondern auch konventionelle Formen des politischen Engagements wurden zum Gegenstand von Ost-West-Vergleichen. Insbesondere galt dies für die Wahlbeteiligung, die bei der ersten demokratischen Wahl der Volkskammer ein außergewöhnlich hohes Niveau erreicht hat-

te, in den folgenden Jahren aber stark zurückging und sich seither deutlich unterhalb des Niveaus der alten Bundesländer eingependelt hat. Sieht man von dieser Besonderheit ab, dann lassen sich weder in der Struktur noch im Niveau und den Bestimmungsfaktoren politischer Partizipation große Unterschiede zwischen West- und Ostdeutschland feststellen (van Deth 1997, 2001; Krimmel 1996, 2000; Gabriel 2004, 2006; Steinbrecher 2009).

Eine neue Sicht auf die politische Partizipation entstand mit der Rezeption des Sozialkapitalkonzepts durch die Partizipationsforschung. Sie ließ die Grenzen zwischen sozialer und politischer Partizipation fließend werden, denn beide Formen menschlichen Handelns sind für Sozialkapitalforscher Ausdrucksformen von Reziprozität, die sich kaum voneinander trennen lassen. Dementsprechend wurden die politische und die soziale Partizipation nunmehr unter der Sammelbezeichnung „bürgerschaftliches Engagement“ zusammengefasst (Braun/Klages 2000; van Deth 2001; Gensicke et al. 2006). Damit ist die eindeutige Fokussierung politischer Partizipation auf die Einflussnahme auf politische Entscheidungsträger aufgehoben (Armingeon 2007; van Deth 2009; Lippl 2007). Die von der Sozialkapitalforschung propagierte neue Sicht auf das bürgerschaftliche Engagement hatte zugleich zur Folge, dass aus diesem theoretischen Kontext neue Erklärungsvariablen, wie das politische Vertrauen und die Unterstützung prosozialer Werte und Normen, herangezogen wurden, wenn auch mit empirisch wenig überzeugenden Resultaten (Gabriel et al. 2002; Gabriel 2004; Lippl 2007).

4.3.4 Wählerverhalten

In keinem Bereich der Politischen Soziologie wird der Zusammenhang zwischen Bürgern und Staat so offensichtlich wie in der Wahlforschung: Vereinfacht betrachtet formulieren politische Akteure allgemein verbindliche Entscheidungen; in den periodisch abgehaltenen Wahlen bewerten die Bürger die Regierungsarbeit und nehmen durch ihr Votum auf die zukünftige Gestaltung der Politik Einfluss. Daher ist es wenig überraschend, dass sich die Analyse von Wahlen zu einem der Kerngebiete der Politischen Soziologie entwickelt hat. Begünstigend dürfte dabei auch die – im Vergleich zu anderen Forschungsfeldern – vergleichsweise günstige Datenlage gewirkt haben. Die ersten wahlstatistischen Daten standen in Deutschland bereits Mitte des 19. Jahrhunderts zur Verfügung; die Umfrageforschung begann nach dem Zweiten Weltkrieg (Roth 2008).

In der akademischen Wahlforschung wurden Bevölkerungsumfragen erstmals anlässlich der Bundestagswahl 1961 eingesetzt (Scheuch 2000). Seither gab es zu nahezu jeder Bundestagswahl mindestens eine akademische Wahlstudie. Seit Mitte der 1970er Jahre liegen auch für Landtagswahlen flächendeckend Daten vor (Völkl et al. 2008). Zudem werden seit der Europawahl 1989 international vergleichende Wahlbefragungen durchgeführt (Kaase 2000). Insbesondere die nationalen Wahlstudien setzen über das Standardverfahren der repräsentativen Querschnitt-Nachwahlbefragung hinaus oftmals innovative methodische Akzente: Panelbefragungen (erstmalig 1969), engmaschige Trenduntersuchungen (erstmalig 1969), Langzeitpanels (1994 bis 2002), die Einbettung deutscher Wahlumfragen in Programme international vergleichender Wahlforschung (erstmalig 1998), Rolling-Cross-Sections (erstmalig 2005). 2009 werden die Anstrengungen der deutschen Wahlforschung erstmalig in einer nationalen Wahlstudie – der *German*

Longitudinal Election Study (GLES) – gebündelt, in der zahlreiche der genannten Spielarten zur Erhebung von Wählerpräferenzen und -verhalten simultan realisiert werden (Deutsche Gesellschaft für Wahlforschung 2009).

Nicht nur methodisch, sondern auch konzeptionell orientierte sich die deutsche Wahlforschung bei ihrer Wiederbegründung an amerikanischen Arbeiten. Diese lassen sich in drei Theoriestränge unterteilen. Der erste, mikrosoziologisch orientierte Ansatz dokumentiert die herausragende Bedeutung sozialer Gruppenbindungen für das Wahlverhalten (Berelson et al. 1954; Lazarsfeld et al. 1944). Flankiert wurde das Argument der politisierten Sozialstruktur durch den makrosoziologischen Ansatz, der aufzeigt, wie sich langfristig stabile Wähler-Parteien-Koalitionen entlang von gesellschaftlichen Konfliktlinien formieren (Lipset/Rokkan 1967). Empirische Untersuchungen für Deutschland zeigen immer wieder, dass bestimmte soziale Gruppen systematisch häufiger für bestimmte politische Parteien votieren (Schoen 2009; Weißels 2000). Bedingt durch die Auflösung der sozialen Milieus ist die Prägekraft sozialstruktureller Determinanten für die Wahlentscheidung aber rückläufig (Brettschneider et al. 2002; Schoen 2009: 199).

Der zweite Theoriestrang ist der in den Wirtschaftswissenschaften entwickelte und für die Wahlforschung nutzbar gemachte Rational-Choice-Ansatz (Downs 1957), der davon ausgeht, dass Wahlentscheidungen das Ergebnis von Kosten-Nutzen-Analysen sind. Rationales Wählen wird in der Literatur dabei oft mit an Sachfragen orientiertem Wahlverhalten gleichgesetzt. Konzeptionell beinhalten die Modelle die bereits weiter oben erwähnten Inkompatibilitäten von individuellen und kollektiven Handlungsrationalitäten. Im Bereich der Nichtwählerforschung hat dies zahlreiche Vorschläge zur Modellmodifikation hervorgebracht. Nach wie vor gilt jedoch, dass Rational-Choice-Modelle schwer zu operationalisieren und empirisch wenig leistungsstark sind (Green/Shapiro 1999). Neuere Überlegungen zur Modellierung sogenannter Positionssachfragen knüpfen an kognitionspsychologische Überlegungen an. So etwa wird – allerdings fast ausschließlich in der US-Literatur – lebhaft darüber diskutiert, ob eine Abkehr vom klassischen Distanzmodell zugunsten eines aus der Informationsverarbeitungsperspektive schlüssigeren Richtungsmodells zu einem Zugewinn an Erklärungskraft führt. Die spärlichen Ergebnisse für Deutschland weisen darauf allerdings nicht hin (Behnke 1999; Krämer/Rattinger 1997).

Der dritte Ansatz zur Erklärung individuellen Wahlverhaltens ist das an der University of Michigan entwickelte sozialpsychologische Modell (Campbell et al. 1954, 1960). Dreh- und Angelpunkt des Modells ist die Parteiidentifikation, die die langfristig stabilen (partei-)politischen Grundüberzeugungen von Individuen widerspiegelt. Dabei nimmt die Parteibindung einerseits direkt Einfluss auf das Wahlverhalten. Andererseits steuert sie die Wahrnehmung von kurzfristigeren Einstellungen zu Kandidaten und Themen und wirkt sich auf diese Weise auch indirekt auf das Wahlverhalten aus. Die Brauchbarkeit des Konzepts der Parteiidentifikation für die deutsche Wahlforschung wurde kontrovers diskutiert – zuletzt im Hinblick auf die Existenz von Parteibindungen in den neuen Bundesländern. In beiden Fällen zeigte sich jedoch, dass die theoretischen Annahmen des Michigan-Modells – etwa hinsichtlich der Verteilung, des Erwerbs und der Stabilität der Parteibindung oder ihrer zentralen Bedeutung für Kandidaten- und Themenbewertungen sowie das Wahlverhalten – auch in Deutschland empirisch bestätigt werden konnten (Falter 1977; Falter/Rattinger 1983; Falter et al. 2000; Gabriel 2001; Gluchowski

1983; Rattinger 1994). Zahlreiche empirische Untersuchungen dokumentieren, dass der sozialpsychologische Ansatz im Vergleich zu den beiden anderen Theorien des Wählerverhaltens erheblich erklärungsstärker ist. Aus diesem Grund ist das Michigan-Modell zwischenzeitlich zum Standardmodell zur Erklärung von individuellen Wahlentscheidungen avanciert. Allerdings mehren sich in der jüngsten Zeit die Stimmen, dass die drei Theoriestränge keineswegs miteinander unvereinbar sind, sondern sich vielmehr gegenseitig ergänzen. Daraus resultieren Forderungen nach einer allgemeinen Theorie des Wahlverhaltens (Rudi/Schoen 2005; Schoen 2009: 195).

Trotz der überzeugenden Erklärungsleistungen des sozialpsychologischen Modells ist dieses angesichts sich abschleifender – oder, im Fall der neuen Bundesländer, sich nicht sukzessiv herausbildender – Parteibindungen in den vergangenen Jahren etwas in die Defensive geraten. Angeregt durch die amerikanische Diskussion wird zwischenzeitlich auch in der deutschen Wahlforschung intensiv darüber debattiert, ob Kandidatenorientierungen das Vakuum ausfüllen können, das der partielle Wegfall der Parteiidentifikation hinterlassen hat. Die meisten Forschungsergebnisse sprechen jedoch nicht für eine zunehmende Personalisierung des Wahlverhaltens. Dies gilt sowohl für das relative Gewicht von Kandidatenorientierungen im Vergleich zu den anderen Determinanten des Michigan-Modells (Brettschneider 2002; Schoen 2009: 202; anders: Ohr 2000) als auch für den Einfluss unpolitischer Kandidateneigenschaften auf die Gesamtbewertungen von Politikern (Brettschneider 2002; anders: Klein/Ohr 2000).

Unter Anwendung der skizzierten Theorien hat sich die Wahlforschung in den vergangenen Jahrzehnten einer ganzen Reihe von speziellen Fragestellungen zugewandt. Daraus sind teilweise eigene Teilgebiete mit einem kaum zu überblickenden Fundus an empirischen Befunden hervorgegangen, die sich der Beschreibung und Erklärung der Nichtwahl (Caballero 2005; Steinbrecher et al. 2007), der Wechselwahl (Schoen 2005b; Zelle 1995), der Wahl extremistischer Parteien (Arzheimer 2005; Falter 1994; Neller/Thaidigsmann 2004) sowie der Analyse des Einflusses von Wertorientierungen (Klein 2005), Persönlichkeitsfaktoren (Schumann 1990, 2005a, 2005b) oder der Mediennutzung (Brettschneider 2005) auf das Wählerverhalten widmen – und dabei häufig theoretische Zugänge benachbarter Disziplinen für die Wahlforschung nutzbar machen.

4.3.5 Politische Kommunikation

Neu entdeckt wird in jüngster Zeit der Einfluss der politischen Kommunikation auf die Beziehungen zwischen Bürgern und Staat. Lange Zeit wurde vor allem der Aspekt der Medienwirkung so stark aus der Politischen Soziologie ausgeblendet, dass Kaase (1986b: 361) der Politikwissenschaft ein „Desinteresse [...] an Problemen der Massenkommunikation“ bescheinigte und das Themenfeld der politischen Kommunikation innerhalb der Politikwissenschaft als „randständig“ klassifizierte (Kaase/Schulz 1989: 9; ähnlich auch Kaase 1998).

Dabei waren die Ausgangsbedingungen für ein lebhaftes Interesse der Politischen Soziologie (und insbesondere der Wahl- und Einstellungsforschung) an kommunikationswissenschaftlichen Fragen nicht schlecht, vergegenwärtigt man sich, dass die weiter oben erwähnte Studie von Lazarsfeld et al. (1944) eigentlich eine Untersuchung zur Medienwirkung war. Der unerwartete Befund, dass der Einfluss von Presse und Radio

marginal ist, verfestigte sich in der Folgezeit zu der Auffassung, die Berichterstattung der Massenmedien bliebe ohne Konsequenzen, da die Bürger in der Lage seien, Medieninhalte selektiv zu verarbeiten – und dabei nur das zur Kenntnis zu nehmen, was zu der eigenen Sicht auf die Welt der Politik passte. Folgerichtig fanden Aspekte der politischen Kommunikation in keinem der oben skizzierten wahlsoziologischen Modelle eine explizite Berücksichtigung. Dabei wurde freilich übersehen, dass politische Kommunikation nicht nur über die Massenmedien erfolgen muss, sondern – wie die Columbia-Studien gezeigt haben – Präferenzverschiebungen auch als Folge interpersonaler Kommunikation erfolgen können (Berelson et al. 1954; Lazarsfeld et al. 1944).

Während diese sogenannte Verstärkungshypothese in den USA Anfang der 1970er Jahre revidiert wurde, die dortige Forschung eine „kognitive Wende“ vollzog und sich seither intensiv mit Fragen der Wahrnehmung, Verarbeitung und Wirkung medial vermittelter Politikinhalt auf die Wahrnehmung und Bewertung der politischen Realität beschäftigt, nimmt sich die Politische Soziologie in Deutschland dieser Fragen nach wie vor nur zögerlich an. Dies ist möglicherweise auch eine Folge der „Mitbearbeitung“ des Themas in Soziologie und Psychologie sowie der Etablierung der Kommunikationswissenschaft als eigenes Fach. Die disziplinäre Zuordnung des Forschungsfelds Politische Kommunikation wird dadurch erschwert – und damit auch seine curriculare und institutionelle Verankerung in der Politischen Soziologie.

Nichtsdestotrotz liegen zwischenzeitlich auch dem Bereich der Politischen Soziologie zuzurechnende Arbeiten vor, die sich mit der Wirkung von politischer Kommunikation auf politische Kognitionen, politische Einstellungen und politisches Verhalten bzw. Verhaltensabsichten auseinandersetzen. Diese beschäftigen sich jedoch vorzugsweise mit Medieneffekten im Kontext von Wahlen. Angesichts der besonderen Relevanz ist diese thematische Fokussierung zwar nachvollziehbar; da Politische Kommunikation als „Operationsmodus“ aber nicht nur alle Teilbereiche der Politischen Soziologie, sondern auch der Politikwissenschaft durchzieht (Sarcinelli 2009: 23), muss diese thematische Verengung jedoch kritisch gesehen werden.

Angestoßen wurde die Entwicklung, wahlsoziologische Fragen unter dem Blickwinkel politischer Kommunikation zu untersuchen, nicht zuletzt durch die oben erwähnte „Krise“ des sozialpsychologischen Modells und die Suche nach Erklärungen für die Herausbildung von Kandidaten- und Themenorientierungen in Abwesenheit einer Partei-identifikation. Wenngleich eine Reihe von Studien die Irrelevanz *direkter* Medieneffekte auf das Wahlverhalten bei Bundestagswahlen dokumentiert, wenn man den Einfluss der Parteibindung kontrolliert (Brettschneider/Schrott 1998; Gleich 1998; Maier 2007), hat Brettschneider (2005) zwischenzeitlich theoretisch überzeugend dargelegt, dass politische Kommunikation die Erklärung hierfür liefern kann. Bei einer angemessenen Spezifikation von Medieneffekten lässt sich zudem empirisch nachweisen, dass Medien Einfluss darauf nehmen, welche Themen von der Bevölkerung im Vorfeld von Bundestagswahlen als wichtig erachtet werden („Agenda-Setting“; Brettschneider/Rettich 2005). Auch zeigen sich Effekte, die darauf hindeuten, dass Bürger die von ihnen herangezogenen Kriterien zur Bewertung von Politikern der aktuellen Medienagenda entnehmen („Priming“; Kindelmann 1994; Schoen 2004; Schoen/Falter 2003). Dabei erscheint es nicht unwahrscheinlich, dass sich die auf diese Weise induzierte Veränderung von Kandidaten- und Themenorientierungen partiell auf das Stimmverhalten niederschlägt.

Auftrieb hat die im Bereich der Wahlsoziologie verankerte politische Kommunikationsforschung mit den Fernsehdebatten der Bundestagswahlkämpfe 2002 und 2005 erhalten (Klein/Rosar 2007; Maier/Faas 2005; Maurer et al. 2007). Ebenfalls von Bedeutung ist die Forschung über die Effekte von Wahlumfragen (Brettschneider 2003; Faas et al. 2008). Demgegenüber liegt mit einigen Ausnahmen (z. B. Farrell/Schmitt-Beck 2002) die Erforschung der Effektivität von Kampagnenstrategien (insbesondere der Rolle von *negative campaigning*) ebenso brach wie die Untersuchung von Effekten, die aus der Rezeption von Wahlwerbung resultieren. Gleiches gilt im Prinzip auch für die Forschung zur Rolle interpersonaler Kommunikation. Die wenigen in diesem Bereich vorliegenden deutschen Studien (Maier/Faas 2006; Reuband 1971; Schmitt-Beck 2000) dokumentieren jedoch, dass sich die Auseinandersetzung mit diesem Thema lohnt.

Auch wenn insbesondere die auf Wahlen bezogene Untersuchung von Agenda-Setting und Priming deutliche Bezüge zu neueren kognitionspsychologischen Überlegungen aufweist, ist der Standardansatz zur Erklärung von Informationsverarbeitungsprozessen nach wie vor die Theorie der kognitiven Dissonanz. Zwar wird in letzter Zeit häufiger auf das *Receive-Accept-Sample*-Modell (RAS-Modell; Zaller 1992) verwiesen, das darum bemüht ist, die Erkenntnisse der Kognitionspsychologie für die Erklärung von politischen Einstellungen und Wahlverhalten nutzbar zu machen; Untersuchungen von Effekten politischer Kommunikation unter expliziter Berücksichtigung des RAS-Modells haben jedoch Seltenheitswert (Schmitt-Beck 2000).

5. Politische Soziologie: dreiundzwanzig Jahre später

Wenn es schon 1986 zu kurz gegriffen war, Politische Soziologie auf Wahl- und Surveyforschung zu reduzieren, so ist dies heute keinesfalls mehr vertretbar. Das Fach hat sich zu einer breit ausdifferenzierten Teildisziplin der Politikwissenschaft entwickelt, die sich mit nahezu allen von anderen Teilgebieten unseres Faches behandelten Themen befasst. Politische Soziologie ist heute viel stärker als vor 23 Jahren die Analyse nahezu aller der Forschung zugänglichen gesellschaftlichen Bedingungen und Konsequenzen von Polity, Politics and Policies. Sie bemüht sich um eine enge Verbindung von Theorie und empirischer Forschung auf der Makro- und der Mikroebene. Zahlreiche Fachvertreter sind fest in internationale Forschungskontexte integriert. Gerade wegen der weitgehenden Konvergenz der Gegenstände von Politischer Soziologie und anderen politikwissenschaftlichen Teildisziplinen scheint es aber schwer, Fortschritte in der Institutionalisierung im universitären Lehrbetrieb zu erreichen.

Literatur

- Ajzen, Icek. 1988. *Attitudes, Personality and Behavior*. Chicago: Dorsey Press.
- Ajzen, Icek. 1989. Attitude Structure and Behavior. In: Anthony Pratkanis, Stephen Breckler und Anthony Greenwald (Hrsg.), *Attitude Structure and Function*. Hillsdale: Lawrence Erlbaum, 241-274.
- Ajzen, Icek und Martin Fishbein. 1975. *Belief, Attitude, Intention, and Behavior: An Introduction to Theory and Research*. Reading: Addison-Wesley.

- Armingeon, Klaus. 2007. Political Participation and Associational Involvement. In: Jan W. van Deth, José Ramón Montero und Anders Westholm (Hrsg.), *Citizenship and Involvement in European Democracies. A Comparative Analysis*. London/New York: Routledge, 358-383.
- Arzheimer, Kai. 2005. Die Wahl extremistischer Parteien. In: Jürgen W. Falter und Harald Schoen (Hrsg.), *Handbuch Wahlforschung*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 389-421.
- Baker, Kendall, Russell J. Dalton und Kai Hildebrandt. *Germany Transformed. Political Culture and New Politics*. New Haven/London: Harvard University Press.
- Barnes, Samuel, Max Kaase, Klaus R. Allerback, Barbara Farah, Felix Heunks, Ronald Inglehart, M. Kent Jennings, Hans-Dieter Klingemann, Allan Marsh und Leopold Rosenmayr (Hrsg.). 1979. *Political Action. Mass Participation in Five Western Democracies*. Beverly Hills/London: SAGE.
- Bastgen, Sarah, Kim Jucknat, und Andrea Römmele. 2009. Einführung in das Forschungsfeld der Politischen Kommunikation. In: Victoria Kaina und Andrea Römmele (Hrsg.), *Politische Soziologie. Ein Studienbuch*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 209-234.
- Behnke, Joachim. 1999. *Räumliche Modelle der sachfragenorientierten Wahlentscheidung. Formale Analyse und empirische Untersuchung der Determinanten ihrer Eignung zur Prognose der Parteienwahl*. Hamburg: Kovač.
- Behnke, Joachim und Nathalie Behnke. 2006. *Grundlagen der statistischen Datenanalyse. Eine Einführung für Politikwissenschaftler*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Behnke, Joachim, Nina Baur und Nathalie Behnke. 2006a. *Empirische Methoden der Politikwissenschaft*. Paderborn: Schöningh.
- Behnke, Joachim, Thomas Gschwend, Delia Schindler und Kai-Uwe Schnapp. 2006b. *Methoden der Politikwissenschaft. Neuere qualitative und quantitative Analyseverfahren*. Baden-Baden: Nomos.
- Beichelt, Timm. 2001. *Autokratie und Wahldemokratie in Belarus, Russland und der Ukraine*. Mannheim: Untersuchungen des FKKS 26.
- Berelson, Bernard, Paul F. Lazarsfeld und William N. McPhee. 1954. *Voting. A Study of Opinion Formation in a Presidential Campaign*. Chicago: University of Chicago Press.
- Berg-Schlosser, Dirk und Jakob Schissler (Hrsg.). 1987. *Politische Kultur in Deutschland. Bilanz und Perspektiven der Forschung*. PVS Sonderheft 18. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Beyme, Klaus von. 1984. *Parteien in westlichen Demokratien*. München/Zürich: Piper.
- Beyme, Klaus von (Hrsg.). 1986. *Politikwissenschaft in der Bundesrepublik Deutschland. Entwicklungsprobleme einer Disziplin*. PVS Sonderheft 17. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Beyme, Klaus von. 2000. *Parteien im Wandel. Von den Volksparteien zu den professionalisierten Wählerparteien*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Bönker, Frank, Klaus Müller und Andreas Pickel (Hrsg.). 2002. *Postcommunist Transformation and the Social Sciences. Cross-Disciplinary Approaches*. Lanham: Rowman & Littlefield.
- Borre, Ole und Elinor Scarbrough (Hrsg.). 1995. *The Scope of Government. Beliefs in Government*. Volume 3. Oxford/New York: Oxford University Press.
- Braun, Joachim und Helmut Klages. 2000. *Zugangswege zum freiwilligen Engagement und Engagementpotential in den neuen und alten Bundesländern. Ergebnisse der Repräsentativerhebung 1999 zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftlichem Engagement*. Band 2. Stuttgart: Kohlhammer.
- Brettschneider, Frank. 2002. *Spitzenkandidaten und Wahlerfolg. Personalisierung – Kompetenz – Parteien. Ein internationaler Vergleich*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Brettschneider, Frank. 2003. Wahlumfragen: Medienberichterstattung und Wirkungen. In: Andreas M. Wüst (Hrsg.), *Politbarometer*. Opladen: Leske + Budrich, 257-282.
- Brettschneider, Frank. 2005. Massenmedien und Wählerverhalten. In: Jürgen W. Falter und Harald Schoen (Hrsg.), *Handbuch Wahlforschung*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 473-500.

- Brettschneider, Frank und Peter R. Schrott. 1998. Media Use, Interpersonal Communication, and Voting Behavior in Germany, 1990–95. In: Christopher J. Anderson und Carsten Zelle (Hrsg.), *Stability and Change in German Elections. How Electorates Merge, Converge, or Collide*. Westport: Praeger, 247-279.
- Brettschneider, Frank, Jan W. van Deth und Edeltraud Roller (Hrsg.). 2002. *Das Ende der politisierten Sozialstruktur?* Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Brettschneider, Frank und Markus Rettich. 2005. Medieneinflüsse auf das Wahlverhalten. In: Jürgen W. Falter, Oscar W. Gabriel und Bernhard Weßels (Hrsg.), *Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 2002*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 157-185.
- Budge, Ian, Hans-Dieter Klingemann, Andrea Volkens, Judith Bara, Eric Tanenbaum, Richard C. Fording, Derek J. Hearl, Hee Min Kim, Michael McDonald und Silvia Mendez. 2001. *Mapping Policy Preferences. Estimates for Parties, Electors, and Governments 1945–1998*. Oxford: Oxford University Press.
- Bürklin, Wilhelm, Viktoria Kaina, Jörg Machatzke, Hilke Rebenstorf, Martina Sauer, Kai-Uwe Schnapp und Christian Welzel (Hrsg.). 1997. *Eliten in Deutschland. Rekrutierung und Integration*. Opladen: Leske + Budrich.
- Caballero, Claudio. 2005. Nichtwahl. In: Jürgen W. Falter und Harald Schoen (Hrsg.), *Handbuch Wahlforschung*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 329-365.
- Campbell, Angus, Gerald Gurin und Warren E. Miller. 1954. *The Voter Decides*. Evanston: Row, Peterson and Company.
- Campbell, Angus, Philip E. Converse, Warren E. Miller und Donald E. Stokes. 1960. *The American Voter*. New York: Wiley.
- Carmines, Edward G. und Robert Huckfeldt. 1996. Political Behavior: An Overview. In: Robert E. Goodin und Hans-Dieter Klingemann (Hrsg.), *A New Handbook of Political Science*. Oxford/New York: Oxford University Press, 223-254.
- Cassino, Dan, Charles Taber und Milton Lodge. 2007. Information Processing and Public Opinion. *Politische Vierteljahresschrift* 48: 205-220.
- Dahl, Robert A. 1971. *Polyarchy: Participation and Opposition*. New Haven: Yale University Press.
- Denters, Bas, Oscar W. Gabriel und Mariano Torcal. 2007a. Political Confidence in Representative Democracies: Socio-cultural vs. Political Explanations. In: Jan W. van Deth, José Ramón Montero und Anders Westholm (Hrsg.), *Citizenship and Involvement in European Democracies. A Comparative Analysis*. London/New York: Routledge, 66-87.
- Denters, Bas, Oscar W. Gabriel und Mariano Torcal. 2007b. Norms of Good Citizenship. In: Jan W. van Deth, José Ramón Montero und Anders Westholm (Hrsg.), *Citizenship and Involvement in European Democracies. A Comparative Analysis*. London/New York: Routledge, 88-108.
- Deutsche Gesellschaft für Wahlforschung. 2009. *German Longitudinal Election Study*. <http://www.dgfw.info/gles.php>. 26.2.2009.
- Downs, Anthony. 1957. *An Economic Theory of Democracy*. New York: Free Press.
- Ellwein, Thomas, Ekkehard Lippert und Ralf Zoll. 1975. *Politische Beteiligung in der Bundesrepublik Deutschland*. Göttingen: Verlag Otto Schwartz & Co.
- Ellwein, Thomas und Everhard Holtmann (Hrsg.). 1999. *50 Jahre Bundesrepublik Deutschland. Rahmenbedingungen – Entwicklungen – Perspektiven*. PVS Sonderheft 30. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Faas, Thorsten. 2009. Das Experiment – ein unbekanntes Wesen? In: Kai-Uwe Schnapp, Nathalie Behnke und Joachim Behnke (Hrsg.), *Datenwelten. Datenerhebung und Datenbestände in der Politikwissenschaft*. Baden-Baden: Nomos, 72-93.
- Faas, Thorsten und Hans Rattinger. 2004. Drei Umfragen, ein Ergebnis? Ergebnisse von Offline- und Online-Umfragen anlässlich der Bundestagswahl 2002 im Vergleich. In: Frank Brett-

- schneider, Jan W. van Deth und Edeltraud Roller (Hrsg.), *Die Bundestagswahl 2002. Analysen der Wahlergebnisse und des Wahlkampfes*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 277-299.
- Faas, Thorsten, Christian Mackenrodt und Rüdiger Schmitt-Beck. 2008. Polls that Mattered: Effects of Media Polls on Voters' Coalition Expectations and Party Preferences in the 2005 German Parliamentary Election. *International Journal of Public Opinion Research* 20: 299-325.
- Falter, Jürgen W. 1972. Ein Modell zur Analyse individuellen politischen Verhaltens. *Politische Vierteljahresschrift* 13: 547-566.
- Falter, Jürgen W. 1977. Einmal mehr: Läßt sich das Konzept der Parteiidentifikation auf den deutschen Kontext übertragen? *Politische Vierteljahresschrift* 18: 476-500.
- Falter, Jürgen W. 1982. *Der „Positivismusstreit“ in der amerikanischen Politikwissenschaft. Entstehung, Ablauf und Resultate der sogenannten Behavioralismus-Kontroverse in den Vereinigten Staaten 1945–1975*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Falter, Jürgen W. 1994. *Wer wählt rechts?* München: Beck.
- Falter, Jürgen W. und Hans Rattinger. 1983. Parteien, Kandidaten und politische Streitfragen bei der Bundestagswahl 1980. Möglichkeiten und Grenzen der Normal-Vote-Analyse. In: Max Kaase und Hans-Dieter Klingemann (Hrsg.), *Wahlen und politisches System. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1980*. Opladen: Westdeutscher Verlag, 320-421.
- Falter, Jürgen W., Harald Schoen und Claudio Caballero. 2000. Dreißig Jahre danach: Zur Validierung des Konzepts „Parteiidentifikation“ in der Bundesrepublik. In: Markus Klein, Wolfgang Jagodzinski, Ekkehard Mochmann und Dieter Ohr (Hrsg.), *50 Jahre Empirische Wahlforschung in Deutschland. Entwicklung, Befunde, Perspektiven, Daten*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, 235-271.
- Falter, Jürgen W. und Harald Schoen (Hrsg.). 2005. *Handbuch Wahlforschung*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Farrell, David M. und Rüdiger Schmitt-Beck (Hrsg.). 2002. *Do Political Campaigns Matter? Campaign Effects in Referendums and Elections*. New York: Routledge.
- Fuchs, Dieter. 1999. The Democratic Culture of Unified Germany. In: Pippa Norris (Hrsg.), *Critical Citizens: Global Support for Democratic Government*. Oxford/New York: Oxford University Press, 123-145.
- Gabriel, Oscar W. 1996. Politische Orientierungen und Verhaltensweisen. In: Max Kaase, Andreas Eisen, Oscar W. Gabriel, Oskar Niedermayer und Hellmut Wollman (Hrsg.), *Politisches System. Band 3 der Berichte zum sozialen und politischen Wandel in Ostdeutschland*. Opladen: Leske + Budrich, 253-278.
- Gabriel, Oscar W. 1997. *Politische Orientierungen und Verhaltensweisen im vereinigten Deutschland*. Opladen: Leske + Budrich.
- Gabriel, Oscar W. 1999a. Demokratie in der Vertrauenskrise? Einstellungen zur Demokratie im vereinigten Deutschland. *Zeitschrift für Politikwissenschaft* 9: 827-862.
- Gabriel, Oscar W. 1999b. Integration durch Institutionenvertrauen. Struktur und Entwicklung des Verhältnisses der Bevölkerung zum Parteienstaat und zum Rechtsstaat im vereinigten Deutschland. In: Jürgen Friedrichs und Wolfgang Jagodzinski (Hrsg.), *Soziale Integration. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie Sonderheft 39*. Wiesbaden/Opladen: Westdeutscher Verlag, 199-235.
- Gabriel, Oscar W. 2001. Parteiidentifikation, Kandidaten und politische Sachfragen als Bestimmungsfaktoren des Parteienwettbewerbs. In: Oscar W. Gabriel, Oskar Niedermayer und Richard Stöss (Hrsg.), *Parteiendemokratie in Deutschland*. Bonn: Bundeszentrale für Politische Bildung, 228-249.
- Gabriel, Oscar W. 2004. Politische Partizipation. In: Jan W. van Deth (Hrsg.), *Deutschland in Europa. Ergebnisse des European Social Survey*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 317-338.

- Gabriel, Oscar W. 2006. Das Ende der Zuschauerdemokratie. In: Oscar W. Gabriel, Jürgen Falter, Hans Rattinger und Harald Schoen (Hrsg.), *Sind wir ein Volk? Ost- und Westdeutschland im Vergleich*. München: C.H. Beck, 107-127.
- Gabriel, Oscar W. 2008. Politische Einstellungen und politische Kultur. In: Oscar W. Gabriel und Sabine Kropp (Hrsg.), *Die EU-Staaten im Vergleich. Strukturen, Prozesse, Politikinhalt*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 181-214.
- Gabriel, Oscar W. 2009. Politische Kultur. In: Viktoria Kaina und Andrea Römmele (Hrsg.), *Politische Soziologie. Ein Studienbuch*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 17-51.
- Gabriel, Oscar W., Oskar Niedermayer und Richard Stöss. 2001. *Parteiendemokratie in Deutschland*. Bonn: Bundeszentrale für Politische Bildung.
- Gabriel, Oscar W., Volker Kunz, Sigrid Roßteutscher und Jan W. van Deth. 2002. *Sozialkapital und Demokratie. Zivilgesellschaftliche Ressourcen im Vergleich*. Wien: WUV.
- Gabriel, Oscar W., Jürgen Falter und Hans Rattinger (Hrsg.). 2005. *Wächst zusammen, was zusammen gehört? Stabilität und Wandel politischer Einstellungen im wiedervereinigten Deutschland*. Baden-Baden: Nomos.
- Gabriel, Oscar W. und Melanie Walter-Rogg. 2008. Social Capital and Political Trust. In: Heiner Meulemann (Hrsg.), *Social Capital in Europe – Similarity of Countries and Diversity of People? Multi-level Analyses of the European Social Survey 2002*. Leiden/Boston: Brill, 219-250.
- Gehring, Uwe W. und Cornelia Weins. 2004. *Grundkurs Statistik für Politologen*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Gensicke, Thomas. 1998. *Die neuen Bundesbürger. Eine Transformation ohne Integration*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Gensicke, Thomas, Sibylle Picot und Sabine Geiss. 2006. *Freiwilliges Engagement in Deutschland: 1999–2004. Ergebnisse der repräsentativen Trenderhebung zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftlichem Engagement*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Gleich, Uli. 1998. Die Bedeutung medialer Kommunikation für Wahlen. *Media Perspektiven* 8: 411-422.
- Gluchowski, Peter. 1983. Wählerfahrung und Parteiidentifikation. Zur Einbindung von Wählern in das Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland. In: Max Kaase und Hans-Dieter Klingemann (Hrsg.), *Wahlen und politisches System. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1980*. Opladen: Westdeutscher Verlag, 442-477.
- Green, Donald P. und Ian Shapiro. 1999. *Rational Choice. Eine Kritik am Beispiel von Anwendungen in der Politischen Wissenschaft*. München: Oldenbourg.
- Grunow, Dieter. 2009. Bürokratieforschung. In: Viktoria Kaina und Andrea Römmele (Hrsg.), *Politische Soziologie. Ein Studienbuch*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 353-383.
- Gunther, Richard, Nikiforos P. Diamandouros und Hans-Jürgen Puhle (Hrsg.). 1995. *The Politics of Democratic Consolidation. Southern Europe in Comparative Perspective*. Baltimore: The Johns Hopkins University Press.
- Hall, Peter und Rosemary Taylor. 1996. Political Science and the Three New Institutionalisms. *Political Studies* 44: 936-57.
- Inglehart, Ronald. 1971. The Silent Revolution in Post-industrial Societies. *American Political Science Review* 65: 991-1017.
- Inglehart, Ronald. 1977. *The Silent Revolution. Changing Values and Political Styles among Western Publics*. Princeton: Princeton University Press.
- Inglehart, Ronald. 1990. *Culture Shift in Advanced Industrial Society*. Princeton: Princeton University Press.
- Inglehart, Ronald und Christian Welzel. 2005. *Modernization, Cultural Change, and Democracy. The Human Development Sequence*. New York: Cambridge University Press.
- Iwand, Wolf M. 1985. *Paradigma Politische Kultur*. Opladen: Leske + Budrich.

- Jackob, Nikolaus, Harald Schoen und Thomas Zerback (Hrsg.). 2008. *Sozialforschung im Internet. Methodologie und Praxis der Online-Befragung*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Jacobs, Jörg. 2004. *Tücken der Demokratie – Alltagserfahrungen und Wertorientierungen als Determinanten von Antisystemeinstellungen in ausgewählten post-kommunistischen Transformationsländern*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Jäger, Wolfgang (Hrsg.). 1973. *Partei und System. Eine kritische Einführung in die Parteienforschung*. Stuttgart: Kohlhammer.
- Jennings, M. Kent, Jan W. van Deth u. a. (Hrsg.). 1990. *Continuities in Political Action. A Longitudinal Study of Political Orientations in Three Western Democracies*. Berlin/New York: de Gruyter.
- Jun, Uwe. 2009. Politische Parteien als Gegenstand der Politischen Soziologie. In: Viktoria Kaina und Andrea Römmele (Hrsg.), *Politische Soziologie. Ein Studienbuch*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 235-265.
- Kaack, Heino. 1971. *Geschichte und Struktur des deutschen Parteiensystems*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Kaase, Max. 1986a. Das Mikro-Makro-Puzzle der Empirischen Sozialforschung. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 38: 209-222.
- Kaase, Max. 1986b. Massenkommunikation und politischer Prozess. In: Max Kaase (Hrsg.), *Politische Wissenschaft und politische Ordnung. Analysen zu Theorie und Empirie demokratischer Regierungsweise*. Opladen: Westdeutscher Verlag, 357-374.
- Kaase, Max. 1998. Politische Kommunikation – Politikwissenschaftliche Perspektiven. In: Ottfried Jarren, Ulrich Sarcinelli und Ulrich Saxer (Hrsg.), *Politische Kommunikation in der demokratischen Gesellschaft. Ein Handbuch mit Lexikon*. Opladen: Westdeutscher Verlag, 97-113.
- Kaase, Max. 1999. *Qualitätskriterien der Umfrageforschung. Denkschrift*. Berlin: Akademie Verlag.
- Kaase, Max. 2000. Entwicklung und Stand der Empirischen Wahlforschung in Deutschland. In: Markus Klein, Wolfgang Jagodzinski, Ekkehard Mochmann und Dieter Ohr (Hrsg.), *50 Jahre Empirische Wahlforschung in Deutschland. Entwicklung, Befunde, Perspektiven, Daten*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, 17-40.
- Kaase, Max und Winfried Schulz. 1989. Perspektiven der Kommunikationsforschung. In: Max Kaase und Winfried Schulz (Hrsg.), *Massenkommunikation. Theorien, Methoden, Befunde*. Opladen: Westdeutscher Verlag, 9-27.
- Kaase, Max und Kenneth Newton. 1995. *Beliefs in Government*. Oxford/New York: Oxford University Press.
- Kaase, Max, Andreas Eisen, Oscar W. Gabriel, Oskar Niedermayer und Hellmut Wollmann. 1996. *Politisches System*. Opladen: Leske + Budrich.
- Kahneman, Daniel und Amos Tversky. 1984. Choices Values and Frames. *American Psychologist* 39: 341-350.
- Kaina, Viktoria. 2009. Elitelforschung. In: Viktoria Kaina und Andrea Römmele (Hrsg.), *Politische Soziologie. Ein Studienbuch*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 385-419.
- Kaina, Viktoria und Andrea Römmele. 2009. Politische Soziologie und der leere Platz im Buchregal – Eine kurze Geschichte von Identitätssuche und Selbstbehauptung. In: Viktoria Kaina und Andrea Römmele (Hrsg.), *Politische Soziologie. Ein Studienbuch*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 7-15.
- Keil, Silke I. 2009. Die Datengrundlage der Politischen Soziologie in Forschung und Lehre. In: Viktoria Kaina und Andrea Römmele (Hrsg.), *Politische Soziologie. Ein Studienbuch*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 421-445.
- Kellermann, Charlotte. 2008. *Trends and Constellations. Klassische Bestimmungsfaktoren des Wahlverhaltens bei den Bundestagswahlen 1990–2005*. Baden-Baden: Nomos.

- Kepplinger, Hans M. 1998. *Die Demontage der Politik in der Informationsgesellschaft*. Freiburg: Alber.
- Kindelmann, Klaus. 1994. *Kanzlerkandidaten in den Medien. Eine Analyse des Wahljahrs 1990*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Kirchheimer, Otto. 1965. Der Wandel des Westdeutschen Parteiensystems. *Politische Vierteljahresschrift* 6: 20-41.
- Kitilson, Miki C. 2007. Research Resources in Comparative Political Behavior. In: Russell J. Dalton und Hans-Dieter Klingemann (Hrsg.), *The Oxford Handbook of Political Behavior*. Oxford/New York: Oxford University Press, 865-895.
- Klages, Helmut und Peter Kmiecik (Hrsg.). 1979. *Wertwandel und gesellschaftlicher Wandel*. Frankfurt a.M./New York: Campus.
- Klein, Markus. 2005. Gesellschaftliche Wertorientierungen, Wertewandel und Wählerverhalten. In: Jürgen W. Falter und Harald Schoen (Hrsg.), *Handbuch Wahlforschung*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 423-445.
- Klein, Markus und Dieter Ohr. 2000. Gerhard oder Helmut? „Unpolitische“ Kandidateneigenschaften und ihr Einfluss auf die Wahlentscheidung bei der Bundestagswahl 1998. *Politische Vierteljahresschrift* 41: 199-224.
- Klein, Markus und Manuela Pötschke. 2000. Gibt es einen Wertewandel hin zum „reinen“ Postmaterialismus? Eine Zeitreihenanalyse der Wertorientierungen der westdeutschen Bevölkerung zwischen 1970 und 1997. *Zeitschrift für Soziologie* 29: 202-216.
- Klein, Markus und Ulrich Rosar. 2007. Wirkungen des TV-Duells im Vorfeld der Bundestagswahl 2005 auf die Wahlentscheidung. Eine empirische Analyse unter besonderer Berücksichtigung von Medieneinflüssen auf die Siegerwahrnehmung und subjektiven Erwartungshaltungen an die Debattenperformance der Kandidaten. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 59: 81-104.
- Klingemann, Hans-Dieter und Dieter Fuchs (Hrsg.). 1995. *Citizens and the State*. Oxford/New York: Oxford University Press.
- Klingemann, Hans-Dieter, Dieter Fuchs und Jan Zielonka. 2006. *Democracy and Political Culture in Eastern Europe*. London/New York: Routledge.
- Klingemann, Hans-Dieter, Andrea Volkens, Judith Bara, Ian Budge und Michael MacDonald. 2006. *Mapping Policy Preferences II. Estimates for Parties, Electors, and Governments in Eastern Europe, the European Union and the OECD, 1990–2003*. Oxford: Oxford University Press.
- Köser, Helmut. 1973. Parteien und Verbände in westlichen Demokratien. In: Wolfgang Jäger (Hrsg.), *Partei und System. Eine kritische Einführung in die Parteienforschung*. Stuttgart: Kohlhammer, 152-181.
- Krämer, Jürgen und Hans Rattinger. 1997. The Proximity and the Directional Theories of Issue Voting. Comparative Results for the USA and Germany. *European Journal of Political Research* 32: 1-29.
- Krimmel, Iris. 1996. Politische Einstellungen als Determinanten des Nichtwählens. In: Oscar W. Gabriel und Jürgen W. Falter (Hrsg.), *Wahlen und politische Einstellungen in westlichen Demokratien*. Frankfurt a. M.: Peter Lang, 321-341.
- Krimmel, Iris. 2000. Politische Beteiligung in Deutschland – Strukturen und Erklärungsfaktoren. In: Jürgen W. Falter, Oscar W. Gabriel und Hans Rattinger (Hrsg.), *Wirklich ein Volk? Die politischen Orientierungen von Ost- und Westdeutschen im Vergleich*. Opladen: Leske + Budrich, 609-639.
- Küchler, Manfred. 1986. Wahl- und Surveyforschung. In: Beyme, Klaus von (Hrsg.), *Politikwissenschaft in der Bundesrepublik Deutschland*. PVS Sonderheft 17. Opladen: Westdeutscher Verlag, 194-208.
- Lange, Max G. 1964. *Politische Soziologie. Eine Einführung*. Berlin: Vahlen.
- Lau, Richard. 2003. Models of Decision Making. In: David O. Sears, Leonie Huddy und Robert Jervis (Hrsg.), *Oxford Handbook of Political Psychology*. Oxford/New York: Oxford University Press, 19-59.

- Lauth, Joachim. 2004. *Demokratie und Demokratiemessung. Eine konzeptionelle Grundlegung für den interkulturellen Vergleich*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Lazarsfeld, Paul F., Bernard Berelson und Hazel Gaudet. 1944. *The People's Choice. How the Voter Makes Up His Mind in a Presidential Campaign*. New York: Columbia University Press.
- Lippel, Bodo. 2007. Soziales Engagement und politische Partizipation in Europa. In: Markus Freitag und Axel Franzen (Hrsg.), *Sozialkapital. Grundlagen und Anwendungen*. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie Sonderheft 47. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 420-459.
- Lipset, Seymour. 1960. *Political Man. The Social Bases of Politics*. Garden City: Doubleday & Company.
- Lipset, Seymour M. und Stein Rokkan. 1967. Cleavage Structures, Party Systems and Voter Alignments. An Introduction. In: Seymour M. Lipset und Stein Rokkan (Hrsg.), *Party Systems and Voter Alignments. Cross-National Perspectives*. New York: Collier, 1-64.
- Lüdemann, Christian. 2001. Politische Partizipation, Anreize und Ressourcen. Ein Test verschiedener Handlungsmodelle und Anschlußtheorien am ALLBUS 1998. In: Achim Koch, Peter Schmidt und Martina Wasmer (Hrsg.), *Politische Partizipation in der Bundesrepublik Deutschland. Empirische Befunde und theoretische Erklärungen*. Opladen: Leske + Budrich, 43-72.
- Maier, Jürgen. 2007. Wahlkampfkommunikation und Wahlverhalten. In: Hans Rattinger, Jürgen W. Falter und Oscar W. Gabriel (Hrsg.), *Der gesamtdeutsche Wähler. Stabilität und Wandel des Wählerverhaltens im wiedervereinigten Deutschland*. Baden-Baden: Nomos, 385-411.
- Maier, Jürgen, Michaela Maier und Hans Rattinger. 2000. *Methoden der Sozialwissenschaftlichen Datenanalyse. Arbeitsbuch mit Beispielen aus der Politischen Soziologie*. München: Oldenbourg.
- Maier, Jürgen und Thorsten Faas. 2005. Schröder gegen Stoiber. Wahrnehmung, Verarbeitung und Wirkung der Fernsehdebatten im Bundestagswahlkampf 2002. In: Jürgen W. Falter, Oscar W. Gabriel und Bernhard Weßels (Hrsg.), *Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 2002*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 77-101.
- Maier, Jürgen und Thorsten Faas. 2006. Debates, Media and Social Networks. How Interpersonal and Mass Communication Affected the Evaluation of the Televised Debates in the 2002 German Election. In: Angela Schorr und Stefan Seltmann (Hrsg.), *Changing Media Markets in Europe and Abroad. New Ways of Handling Information and Entertainment Content*. New York: Pabst, 43-62.
- Maurer, Marcus, Carsten Reinemann, Jürgen Maier und Michaela Maier. 2007. *Schröder gegen Merkel: Wahrnehmung und Wirkung des TV-Duells 2005 im Ost-West-Vergleich*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Merkel, Wolfgang (Hrsg.). 1994. *Systemwechsel 1: Theorien, Ansätze und Konzeptionen*. Opladen: Leske + Budrich.
- Merkel, Wolfgang. 1999. *Systemtransformation: eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung*. Opladen: Leske + Budrich.
- Merkel, Wolfgang. 2007. Gegen alle Theorie? Die Konsolidierung der Demokratie in Ostmitteleuropa. *Politische Vierteljahresschrift* 48: 413-433.
- Merkel, Wolfgang, Eberhard Sandschneider und Dieter Segert (Hrsg.). 1996. *Systemwechsel 2: Die Institutionalisierung der Demokratie*. Opladen: Leske + Budrich.
- Merkel, Wolfgang und Eberhard Sandschneider (Hrsg.). 1997. *Systemwechsel 3: Die Rolle von Parteien im Transformationsprozeß*. Opladen: Leske + Budrich.
- Merkel, Wolfgang und Hans-Jürgen Puhle. 1999. *Von der Diktatur zur Demokratie: Transformationen, Erfolgsbedingungen, Entwicklungspfade*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Merkel, Wolfgang, Marc Bühlmann, Lisa Müller und Bernhard Wessels. 2008. Wie lässt sich Demokratie am besten messen? Zum Forumsbeitrag von Thomas Müller und Susanne Pickel. *Politische Vierteljahresschrift* 49: 114-122.

- Meulemann, Heiner. 1996. *Werte und Wertewandel. Zur Identität einer geteilten und wieder vereinten Nation*. Weinheim/München: Juventa.
- Meulemann, Heiner (Hrsg.). 2008. *Social Capital in Europe – Similarity of Countries and Diversity of People? Multi-level Analyses of the European Social Survey 2002*. Leiden/Boston: Brill.
- Mintzel, Alf und Heinrich Oberreuter (Hrsg.). 1992. *Parteien in der Bundesrepublik Deutschland*. Opladen: Leske + Budrich.
- Neller, Katja. 2006. *DDR-Nostalgie. Dimensionen der Orientierungen der Ostdeutschen gegenüber der ehemaligen DDR, ihre Ursachen und politischen Konnotationen*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Neller, Katja und S. Isabell Thaidigsmann. 2004. Wer wählt die PDS? Ein Vergleich von Stamm- und Wechselwählern bei den Bundestagswahlen 1994–2002. In: Frank Brettschneider, Jan W. van Deth und Edeltraud Roller (Hrsg.), *Die Bundestagswahl 2002. Analysen der Wahlergebnisse und des Wahlkampfes*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 185-218.
- Niedermayer, Oskar und Richard Sinnott. 1995. *Public Opinion and Internationalized Governance*. Oxford/New York: Oxford University Press.
- Niedermayer, Oskar, Melanie Haas und Richard Stöss (Hrsg.). 2006. *Die Parteiensysteme Westeuropas*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Niedermayer, Oskar, Melanie Haas und Uwe Jun (Hrsg.). 2009. *Parteien und Parteiensysteme in den deutschen Ländern*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Norris, Pippa (Hrsg.). 1997. *Politics and the Press. The News Media and Their Influences*. London: Lynne Rienner Publishers.
- Norris, Pippa (Hrsg.). 1999. *Critical Citizens. Global Support for Democratic Government*. Oxford/New York: Oxford University Press.
- Ohr, Dieter. 2000. Wird das Wahlverhalten zunehmend personalisierter, oder: Ist jede Wahl anders? Kandidatenorientierungen und Wahlentscheidung in Deutschland von 1961 bis 1998. In: Markus Klein, Wolfgang Jagodzinski, Ekkehard Mochmann und Dieter Ohr (Hrsg.), *50 Jahre Empirische Wahlforschung in Deutschland. Entwicklung, Befunde, Perspektiven, Daten*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, 272-308.
- Opp, Karl-Dieter, Christiane Gem und Peter Voss. 1995. *Origins of a Spontaneous Revolution. East Germany, 1989*. Ann Arbor: University of Michigan Press.
- Opp, Karl-Dieter und Steven E. Finkel. 2001. Politischer Protest, Rationalität und Lebensstile. Eine Empirische Überprüfung alternativer Erklärungsmodelle? In: Achim Koch, Martina Wagner und Peter Schmidt (Hrsg.), *Politische Partizipation in der Bundesrepublik Deutschland: Empirische Befunde und theoretische Erklärungen*. Opladen: Leske + Budrich, 73-108.
- Pappi, Franz U. 1973. Parteiensystem und Sozialstruktur in der Bundesrepublik. *Politische Vierteljahrsschrift* 14: 191-213.
- Pappi, Franz U. 1977. Sozialstruktur, gesellschaftliche Orientierungen und Wahlabsicht. *Politische Vierteljahrsschrift* 18: 195-229.
- Pappi, Franz U. 1996. Political Behavior: Reasoning Voters and Multi-party Systems. In: Robert E. Goodin und Hans-Dieter Klingemann (Hrsg.), *A New Handbook of Political Science*. Oxford/New York: Oxford University Press, 255-275.
- Pappi, Franz U. und Susumi Shikano. 2007. *Wahl- und Wählerforschung*. Baden-Baden: Nomos.
- Patzelt, Werner. 2009. Parlamentssoziologie. In: Viktoria Kaina und Andrea Römmele (Hrsg.), *Politische Soziologie. Ein Studienbuch*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 311-351.
- Peters, B. Guy. 1996. Political Institutions, Old and New. In: Robert E. Goodin und Hans-Dieter Klingemann (Hrsg.), *A New Handbook of Political Science*. Oxford/New York: Oxford University Press, 205-222.
- Pfetsch, Barbara. 1998. Regierung unter den Bedingungen medialer Allgegenwart. In: Ulrich Sarcinelli (Hrsg.), *Politikvermittlung und Demokratie in der Mediengesellschaft*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, 233-252.

- Pharr, Susan und Robert D. Putnam (Hrsg.). 2000. *Disaffected Democracies: What's Troubling the Trilateral Countries?* Princeton: Princeton University Press.
- Pickel, Gert und Susanne Pickel. 2006. *Politische Kultur- und Demokratieforschung. Grundbegriffe, Theorien, Methoden. Eine Einführung.* Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Pickel, Gert, Detlef Pollack, Jörg Jacobs und Olaf Müller. 2006. *Osteuropas Bevölkerung auf dem Weg in die Demokratie. Repräsentative Untersuchungen in Ostdeutschland und zehn osteuropäischen Transformationsstaaten.* Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Pollack, Detlef, Jörg Jacobs, Olaf Müller und Gert Pickel (Hrsg.). 2003. *Political Culture in Post-Communist Europe.* Aldershot: Ashgate.
- Popkin, Samuel. 1991. *The Reasoning Voter: Communication and Persuasion in Presidential Campaigns.* Chicago/London: University of Chicago Press.
- Putnam, Robert D. 1993. *Making Democracy Work. Civic Traditions in Modern Italy.* Princeton: Princeton University Press.
- Rattinger, Hans. 1994. Parteiidentifikationen in Ost- und Westdeutschland nach der Vereinigung. In: Oskar Niedermayer und Klaus von Beyme (Hrsg.), *Politische Kultur in Ost- und Westdeutschland.* Berlin: Akademie Verlag, 77-104.
- Rattinger, Hans. 2009. *Einführung in die Politische Soziologie.* München: Oldenbourg.
- Reigrotzki, Erich. 1956. *Soziale Verflechtungen in der Bundesrepublik. Elemente der sozialen Teilnahme in Kirche, Politik, Organisation und Freizeit.* Tübingen: Mohr.
- Reuband, Karl-Heinz. 1971. Die Bedeutung der Primärumwelten für das Wahlverhalten. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 23: 544-567.
- Rohrschneider, Robert. 1999. *Learning Democracy. Democratic and Economic Values in Unified Germany.* Oxford/New York: Oxford University Press.
- Rokkan, Stein. 1969. Die vergleichende Analyse der Staaten- und Nationenbildung: Modelle und Methoden. In: Wolfgang Zapf (Hrsg.), *Theorie des sozialen Wandels.* Köln: Kiepenheuer & Witsch, 228-252.
- Roßteutscher, Sigrid. 2004. Die Rückkehr der Tugend? In: Jan W. van Deth (Hrsg.), *Deutschland in Europa.* Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 175-200.
- Roth, Dieter. 2008. *Empirische Wahlforschung. Ursprung, Theorien, Instrumente und Methoden.* Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Rothstein, Bo. 1996. Political Institutions. An Overview. In: Robert E. Goodin und Hans-Dieter Klingemann (Hrsg.), *A New Handbook of Political Science.* Oxford/New York: Oxford University Press, 133-166.
- Rudi, Tatjana und Harald Schoen. 2005. Ein Vergleich von Theorien zur Erklärung von Wählerverhalten. In: Jürgen W. Falter und Harald Schoen (Hrsg.), *Handbuch Wahlforschung.* Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 305-325.
- Sarcinelli, Ulrich. 1987. *Symbolische Politik. Zur Bedeutung symbolischen Handelns in der Wahlkampfkommunikation der Bundesrepublik Deutschland.* Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Sarcinelli, Ulrich. 2009. *Politische Kommunikation in Deutschland. Zur Politikvermittlung im demokratischen System.* Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Scheuch, Erwin K. 2000. Die Kölner Wahlstudie zur Bundestagswahl 1961. In: Markus Klein, Wolfgang Jagodzinski, Ekkehard Mochmann und Dieter Ohr (Hrsg.), *50 Jahre Empirische Wahlforschung in Deutschland. Entwicklung, Befunde, Perspektiven, Daten.* Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, 41-58.
- Schmitt-Beck, Rüdiger. 2000. *Politische Kommunikation und Wählerverhalten. Ein internationaler Vergleich.* Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Schmitt-Beck, Rüdiger und Cornelia Weins. 1997. Gone with the Wind (of change): Neue soziale Bewegungen im Osten Deutschland. In: Oscar W. Gabriel (Hrsg.), *Politische Orientierungen und Verhaltensweisen im vereinigten Deutschland.* Opladen: Leske + Budrich, 321-351.

- Schmitz, Mathias. 1969. Politikwissenschaft zwischen Common-Sense und Szientismus. In: Dieter Oberndörfer (Hrsg.), *Systemtheorie, Systemanalyse und Entwicklungsländerforschung. Einführung und Kritik*. Berlin: Duncker & Humblot, 11-61.
- Schnapp, Kai-Uwe, Nathalie Behnke und Joachim Behnke (Hrsg.). 2009. *Datenwelten. Datenerhebung und Datenbestände in der Politikwissenschaft*. Baden-Baden: Nomos.
- Schoen, Harald. 2004. Der Kanzler, zwei Sommerthemen und ein Foto-Finish. Priming-Effekte bei der Bundestagswahl 2002. In: Frank Brettschneider, Jan W. van Deth und Edeltraud Roller (Hrsg.), *Die Bundestagswahl 2002. Analysen der Wahlergebnisse und des Wahlkampfes*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 23-50.
- Schoen, Harald. 2005a. Soziologische Ansätze in der empirischen Wahlforschung. In: Jürgen W. Falter und Harald Schoen (Hrsg.), *Handbuch Wahlforschung*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 135-185.
- Schoen, Harald. 2005b. Wechselwahl. In: Jürgen W. Falter und Harald Schoen (Hrsg.), *Handbuch Wahlforschung*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 367-387.
- Schoen, Harald. 2006. Der demokratische Musterbürger als Normalfall? Kognitionspsychologische Einblicke in die black box politischer Meinungsbildung. *Politische Vierteljahresschrift* 47: 89-101.
- Schoen, Harald. 2009. Wahlsoziologie. In: Viktoria Kaina und Andrea Römmele (Hrsg.), *Politische Soziologie. Ein Studienbuch*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 181-208.
- Schoen, Harald und Jürgen W. Falter. 2003. Wandel der Entscheidungskriterien im Wahljahr? Eine Priming-Analyse zu den Bundestagswahlen 1994, 1998 und 2002. In: Andreas M. Wüst (Hrsg.), *Politbarometer*. Opladen: Leske + Budrich, 181-204.
- Schumann, Siegfried. 1990. *Wahlverhalten und Persönlichkeit*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Schumann, Siegfried (Hrsg.). 2005a. *Persönlichkeit – eine vergessene Größe der empirischen Sozialforschung*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Schumann, Siegfried. 2005b. Persönlichkeit und Wahlverhalten. In: Jürgen W. Falter und Harald Schoen (Hrsg.), *Handbuch Wahlforschung*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 447-471.
- Sears, David O., Leonie Huddy und Robert Jervis (Hrsg.). 2003. *Oxford Handbook of Political Psychology*. Oxford/New York: Oxford University Press.
- Skocpol, Theda. 1985. Bringing the State Back In: Strategies of Analysis in Current Research. In: Peter B. Evans, Dietrich Rueschemeyer und Theda Skocpol (Hrsg.), *Bringing the State Back In*. Cambridge: Cambridge University Press, 3-43.
- Sniderman, Paul M. 2000. Taking Sides: A Fixed Choice Theory of Political Reasoning. In: Arthur Lupia, Mathew D. McCubbins und Samuel L. Popkin (Hrsg.), *Elements of Reason: Cognition, Choice, and the Bounds of Rationality*. New York: Cambridge University Press, 67-84.
- Sniderman, Paul M., Richard A. Brody und Philip E. Tetlock. 1991. *Reasoning and Choice: Explorations in Political Psychology*. New York: Cambridge University Press.
- Stammer, Otto und Peter Weingart. 1972. *Politische Soziologie*. München: Juventa.
- Steinbrecher, Markus. 2009. *Politische Partizipation in Deutschland*. Baden-Baden: Nomos.
- Steinbrecher, Markus, Sandra Huber und Hans Rattinger. 2007. *Turnout in Germany. Citizen Participation in State, Federal, and European Elections since 1979*. Baden-Baden: Nomos.
- Stöss, Richard und Oskar Niedermayer (Hrsg.). 1993. *Stand und Perspektiven der Parteilorschung in Deutschland*. Opladen: Leske + Budrich.
- Streeck, Wolfgang (Hrsg.). 1994. *Staat und Verbände*. PVS Sonderheft 25. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Teune, Simon. 2008. „Gibt es so etwas überhaupt noch?“ Forschung zu Protest und sozialen Bewegungen. *Politische Vierteljahresschrift* 49: 528-547.
- van Deth, Jan W. 1997. Formen konventioneller politischer Partizipation. Ein neues Leben alter Dinosaurier? In: Oscar W. Gabriel (Hrsg.), *Politische Orientierungen und Verhaltensweisen im vereinigten Deutschland*. Opladen: Leske + Budrich, 291-319.

- van Deth, Jan W. 2001. Soziale und politische Beteiligung: Alternativen, Ergänzungen oder Zwillinge? In: Achim Koch, Martina Wasmer und Peter Schmidt (Hrsg.), *Politische Partizipation in der Bundesrepublik Deutschland*. Opladen: Leske + Budrich, 195-219.
- van Deth, Jan W. (Hrsg.). 2004. *Deutschland in Europa. Ergebnisse des European Social Survey*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- van Deth, Jan W. 2007. Norms of Citizenship. In: Russell J. Dalton und Hans-Dieter Klingemann (Hrsg.), *The Oxford Handbook of Political Behavior*. Oxford/New York: Oxford University Press, 402-417.
- van Deth, Jan W. 2009. Politische Partizipation. In: Viktoria Kaina und Andrea Römmele (Hrsg.), *Politische Soziologie. Ein Studienbuch*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 141-161.
- van Deth, Jan W. und Elinor Scarbrough (Hrsg.). 1995. *The Impact of Values*. Oxford/New York: Oxford University Press.
- van Deth, Jan W., José Ramón Montero und Anders Westholm (Hrsg.). 2007a. *Citizenship and Involvement in European Democracies. A Comparative Analysis*. London/New York: Routledge.
- van Deth, Jan W., Simone Abendschön, Julia Rathke und Meike Vollmar. 2007b. *Kinder und Politik. Politische Einstellungen von jungen Kindern im ersten Grundschuljahr*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- van Uehlinger, Hans-Martin. 1988. *Politische Partizipation in der Bundesrepublik*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Völkl, Kerstin, Oscar W. Gabriel, Everhard Holtmann und Kai-Uwe Schnapp (Hrsg.). 2008. *Wähler und Landtagswahlen in der Bundesrepublik Deutschland*. Baden-Baden: Nomos.
- Wagner, Jochen W. 2005. *Deutsche Wahlwerbekampagnen made in USA? Amerikanisierung oder Modernisierung bundesrepublikanischer Wahlkampagnen*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Warren, Roland L. 1957a. Bürgerschaftliche Tätigkeiten in einer deutschen Großstadt. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 9: 424-446.
- Warren, Roland L. 1957b. Eine sozialpsychologische Analyse der bürgerschaftlichen Tätigkeiten in Stuttgart. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 9: 619-642.
- Weingast, Barry. 1996. Political Institutions: Rational Choice Perspectives. In: Robert E. Goodin und Hans-Dieter Klingemann (Hrsg.), *A New Handbook of Political Science*. Oxford/New York: Oxford University Press, 167-190.
- Weßels, Bernhard. 2000. Gruppenbindungen und Wahlverhalten. 50 Jahre Wahlen in der Bundesrepublik Deutschland. In: Markus Klein, Wolfgang Jagodzinski, Ekkehard Mochmann und Dieter Ohr (Hrsg.), *50 Jahre Empirische Wahlforschung in Deutschland. Entwicklung, Befunde, Perspektiven, Daten*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, 129-158.
- Westle, Bettina. 1999. *Kollektive Identität im vereinten Deutschland – Nation und Demokratie in der Wahrnehmung der Deutschen*. Opladen: Leske + Budrich.
- Wiesenthal, Helmut, Frank Bönker und Hellmut Wollmann (Hrsg.). 1995. *Transformation sozialistischer Gesellschaften*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Wiesenthal, Helmut, Jürgen Beyer und Jan Wielgoß (Hrsg.). 2001. *Successful Transitions. Political Factors of Socio-Economic Progress in Postsocialist Countries*. Baden-Baden: Nomos.
- Wilke, Jürgen und Carsten Reinemann. 2000. *Kanzlerkandidaten in der Wahlkampfberichterstattung 1949–1998*. Köln: Böhlau.
- Wollmann, Hellmut, Max Kaase, Oscar W. Gabriel, Oskar Niedermayer und Andreas Eisen. 1996. *Politisches System. Berichte zum sozialen und politischen Wandel in Ostdeutschland*. Opladen: Leske + Budrich.
- Zaller, John. 1992. *The Nature and Origins of Mass Opinions*. Cambridge: Cambridge University Press.

- Zelle, Carsten. 1995. *Der Wechselwähler. Politische und soziale Erklärungsansätze des Wählerwandels in Deutschland und den USA*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Zimmer, Annette und Rudolph Speth. 2009. Verbändeforschung. In: Viktoria Kaina und Andrea Römmele (Hrsg.), *Politische Soziologie. Ein Studienbuch*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 267-309.
- Zimpel, Gisela. 1970. *Der beschäftigte Mensch. Beiträge zur sozialen und politischen Partizipation*. München: Juventa.
- Zmerli, Sonja. 2004. Politisches Vertrauen und Unterstützung. In: Jan W. van Deth (Hrsg.), *Deutschland in Europa*. Wiesbaden: VS Verlag Sozialwissenschaften, 229-256.
- Zmerli, Sonja, Kenneth Newton und José Ramón Montero. 2007. Trust in People, Confidence in Political Institutions, and Satisfaction with Democracy. In: Jan W. van Deth, José Ramón Montero und Anders Westholm (Hrsg.), *Citizenship and Involvement in European Democracies. A Comparative Analysis*. New York: Routledge, 35-65.